

Der Deutsche Metallarbeiter.

Organ für die Interessen der in der Metall-, Hütten- und chemischen Industrie beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen.

Ercheint wöchentlich Samstag.
Abonnementpreis pro Quartal 1 M.
Postzeitungsliste Nr. 1944 a.
Anzeigenpreis die Spaltenzeile 40 Pf.
Telephon Nr. 535

Schriftleitung:
Duisburg, Seitenstraße 19.
Schluß der Redaktion: Montag
Abend 6 Uhr.
Zugchriften, Abonnementbestellungen
u. s. sind an die Geschäftsstelle Seiten-
straße 19 zu richten.

Eigentum des christlichen Metallarbeiter-Verbandes Deutschlands.

Zur Reform der Arbeiterversicherungsgeetze.

Bekanntlich besteht seit langer Zeit die Absicht, die Versicherungsgeetze dahin umzugestalten, daß ein besseres Zusammenarbeiten und ein Freinandergreifen der Kranken-, Invaliditäts- und Unfallversicherung eintreten soll, vor allem aber soll die Verwaltung vereinfacht werden u. s. w. Hierzu ist es notwendig, daß vor allem die vielen Arten der Krankenkassen verschwinden und daß hier die möglichste Einheitlichkeit durchgeführt wird. Ein solches Vorgehen würde in erster Linie die Aufhebung der Betriebskassen mit sich bringen, wogegen wir nicht das geringste einzuwenden haben. Anders denken aber die Vertreter der Betriebskassen, und als solche betrachten sich die Herren Unternehmer allein. Angeblickt auf Veranlassung der rheinisch-westfälischen Großindustrie hat kürzlich in Halle a. d. Saale eine Konferenz stattgefunden, wo ein Verband der Betriebskrankenkassen zu Stande gekommen ist. Von den Verhandlungen und Bestrebungen dieser Neugründung verlautet nur soviel, daß es sich hauptsächlich gegen die Aufhebung der Betriebskassen wie im allgemeinen gegen die Reform der Arbeiterversicherungsgeetze handelt. Nachdem es endlich gelungen, Posadowsky zu beiraten, kann der Tanz der Scharmacher auf der ganzen Linie losgehen. Als eine im Zusammenhang mit den letzten Ereignissen stehende Stimme kann auch ein Artikel des rheinischen Unternehmerorgans, „Kölnische Zeitung“, bezüglich vorliegender Frage betrachtet werden. Um unseren Lesern auch die Ansichten der Freunde der Betriebskassen vorzuführen, wollen wir den Artikel der „N. Bta.“ vollständig mitteilen. Das Blatt schreibt:

„Aus Anlaß der bevorstehenden Reform der Arbeiterversicherung entspinnt sich in der Fachpresse ein lebhafter Streit über die Frage, ob die Betriebskrankenkassen beibehalten werden oder der Reform zum Opfer fallen sollen. Die Vertreter der Ortskrankenkassen sind bekanntlich gegen die Betriebskrankenkassen, und zwar hauptsächlich deshalb, weil bei ihnen das Selbstverwaltungsrecht nicht gewahrt bleibt und weil ferner die besten Kräfte den Ortskrankenkassen durch Errichtung von eigenen Fabrikkrankenkassen entzogen werden. Auch wird behauptet, daß die Grundlage der Krankenversicherung die Ortskrankenkassen wären. Demgegenüber tritt ein erfahrener Fachmann auf dem Gebiete der sozialen Versicherung, Professor Dr. Stier-Somlo in Bonn, in der letzten Nummer des Reformblattes für Arbeiterversicherung eifrig für die Betriebskrankenkassen ein und setzt die Vorteile dieser Kassenreform in ein besseres Licht. Besonders betont er das sozialpolitische Moment der Annäherung zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer, die durch das Zusammenarbeiten in den Betriebskrankenkassen erzielt wird. Die außerordentliche Leistungsfähigkeit der Betriebskassen gegenüber den Ortskrankenkassen wird an folgenden Zahlen erwiesen: Im Jahre 1904 waren nach dem statistischen Jahrbuch für das Deutsche Reich in den Ortskrankenkassen rund 5,3 Millionen Mitglieder versichert, in den Betriebskrankenkassen 2,7 Millionen, also etwas mehr als die Hälfte. Die ordentlichen Einnahmen betragen bei jenen 127,8 Mill. Mark, bei diesen aber 74,8 Mill. Mark, während dem Verhältnis schon ein Betrag von rund 63 Mill. Mark entsprechen würde. Die Verwaltungskosten sind außerordentlich gering; sie haben bei den Betriebskrankenkassen nur 621 000 Mk. erreicht, bei den Ortskrankenkassen aber rund 10,4 Mill. Mark. Auch im Vergleich der Leistungen schneiden die Betriebskrankenkassen verhältnismäßig gut ab. Während sie im Jahre 1904 nur die Hälfte der Mitgliederbeiträge zu den Ortskrankenkassen hatten, stellten

sich die Aufwendungen für Ärzte, Arzneien, Kranken- und Sterbegelder, Wöchnerinnenunterstützung usw. bei den Fabrikassen auf 65 Proz. der Leistungen der Ortskrankenkassen. Auf Grund dieser Erwägungen tritt Stier-Somlo entschieden für die Beibehaltung der Betriebskrankenkassen ein.“

Die Ausführungen des Herrn Prof. Dr. Stier-Somlo beweisen, daß er sich ausschließlich von dem Zahlenwert leiten läßt. Hätte dieser Herr sich nicht allein auf das Zahlenmaterial beschränkt und auch die praktische Tätigkeit der Betriebskassen studiert, so würde er zu einem anderen Resultat gekommen sein.

In den Ortskassen ist den Arbeitern, für welche doch die Kassen eingerichtet sind, ein hinreichender Einfluß gewährt und überall, wo vernünftige und tüchtige Vertreter der Arbeiter im Kassenvorstande sitzen, ist es denselben möglich, die Interessen der Arbeiter zu vertreten. Anders bei den Fabrikassen. Hier entscheidet allein der Arbeitgeber oder seine Vertreter. Wehe dem Arbeiter, der in einer wichtigen Sache gegen den Arbeitgeber auftritt, die Entlassung würde der Tat sofort folgen! In verschiedenen Fällen haben uns Vorstandsmitglieder von Fabrikassen erklärt, daß es ihnen unmöglich sei, irgendwelche Fortschritte zu erzielen, ja nicht einmal die Anstellung eines weiteren Arztes könnten sie durchsetzen, auch wenn hierzu eine schreiendes Bedürfnis vorhanden sei.

Würde Herr Prof. Stier-Somlo nur das bei manchen Kassen eingeführte Wahlverfahren kennen, so würde er schon nicht mehr so bedingungslos für die Betriebskassen eintreten, denn oft erfahren noch nicht die Hälfte der Arbeiter, daß der hochwichtige Augenblick der Delegierten- resp. Vorstandswahl gekommen ist und dann gehen meistens solche Personen, aus der von höchstens 1-2 Duzend Personen getätigten Wahlen hervor, die zu den Angestellten des Werkes gehören.

Wie es oft bei den „Versammlungen“ dieser Kassen zugeht, haben wir kürzlich wieder erfahren. Die Arbeitervertreter hatten bei einer Klasse einige Anträge gestellt. Als nun lange Zeit nachher endlich eine Versammlung stattfand und die Anträge beraten werden sollten, erklärte der Vorsitzende, er habe etwas anderes zu tun, als wie da zu sitzen, die Verhandlungen seien geschlossen.

In einer anderen Betriebsklasse fragten die Arbeitervertreter, wie es mit den eingereichten Anträgen stehe, worauf der Betriebsdirektor antwortete, was auf die Tagesordnung kommt, bestimme ich!!! Punktum! Solche Beispiele ließen sich noch eine Menge anführen.

Das Hauptgewicht legt Herr Prof. Stier-Somlo auf das finanzielle Ergebnis, indem er die Einnahmen und Ausgaben der Ortskassen und der Betriebskassen vergleicht, ohne genauer in die Ursachen einzudringen.

Herr Prof. Stier-Somlo ertönt in Rechnung zu stellen, daß die Ortskassen jeden Arbeiter als vollberechtigtes Mitglied aufnehmen müssen, welcher in irgend einen zur Klasse gehörenden Betrieb eintritt, wogegen es bei den Betriebskassen Regel ist, zuerst ein ärztliches Attest darüber ausstellen zu lassen, ob der Arbeiter auch vollständig gesund ist. Erklärt der Arzt den Arbeiter als krank, oder auch nur als krankheitsverdächtig, so wird der Arbeiter nicht eingestellt, und muß er nun schleunigst suchen, anderswo Arbeit zu finden und wird dann Mitglied der Ortskrankenkasse. Oder, wie uns Fälle aus einer großen Waggonfabrik am Rhein bekannt sind, wo Arbeiter beschäftigt waren, aber nur unter der Bedingung, un-

ter ihrer Berufungspflicht zu genügen. In die eigene Betriebskasse fanden sie keine Aufnahme.

Dann kommt auch noch folgender Umstand, der sehr schwerwiegend in Betracht:

Bei sehr vielen Werken ist es Regel, Arbeiter, die das 45., ja sogar nur das 40. Lebensjahr erreicht haben, nicht mehr einzustellen. Diese Leute wollen aber auch leben und müssen nun in kleinen Betrieben ohne eigene Kassen in Arbeit treten. In den jungen und gesunden Jahren waren sie in den Werken beschäftigt und dort Mitglied der Kassen, wogegen sie in den Jahren, wo ihre Gesundheit nicht mehr fest ist, den Ortskassen aufgebüdet werden. Auch lassen sich Fälle nachweisen, wo Arbeiter, die das Unglück hatten, längere Zeit krank zu sein, entlassen wurden, da sonst die Kasse zu viel Schulden hätte!!!

Wenn Herr Prof. Stier-Somlo vorstehende Tatsachen vorurteilslos prüft, so wird er mit uns zu der Ueberzeugung kommen, daß ein bloßer Vergleich der Zahlen kein gerechtes Urteil über die Tätigkeit der Kassen möglich macht. Er wird zugeben müssen, daß solche Schlüsse, wie sie in seinen Ausführungen enthalten sind, nur dann ein richtiges Bild ergeben, wenn die Vorbedingungen gleich sind. Wie wir aber nachgewiesen haben, ist dieses bei den Orts- und Betriebskassen nicht der Fall und darum haben seine Schlussfolgerungen nur theoretischen, nicht aber praktischen Wert.

Wir fordern deshalb von einer Reform der Arbeiterversicherungsgeetze in erster Linie ein Zusammenziehen der Krankenkassen und hierzu gehört unter allen Umständen die Aufhebung der Betriebskassen. Wird diese Forderung nicht erfüllt, so ist die etwa eintretende Reform nur Stück- und Flickwerk, die die aufgewandte Arbeit nicht lohnt.

Die Arbeiterkassen wird gut daran tun, die Vorgänge auf diesem Gebiete genau zu verfolgen. Da die Unternehmer so eifrig an der Arbeit sind, ihrerseits jede Reform zu Gunsten der Arbeiter illusorisch zu machen, so dürfen wir nicht länger die Hände in den Schößen legen und alles ruhig laufen lassen. Zu empfehlen wäre, daß die großen Organisationsverbände der einzelnen Zweige der christlich-nationalen Arbeiterbewegung diesbezügliche Eingaben an die gesetzgebenden Faktoren richten würden. Oder noch einfacher und wirkungsvoller wäre eine Stellungnahme des im Oktober d. J. in Berlin vorgesehenen 2. deutschen Arbeiter-Kongresses zu dieser wichtigen und brennenden Frage.

„Taktische Rücksichten“

überschreibt die „Deutsche Arbeitgeber-Zeitung“ Nr. 30 einen Leitartikel, der sich mit der Stellung der Unternehmer zu den christlichen Gewerkschaften befaßt. Der Artikel knüpft an eine Darlegung der „Deutschen Volkswirtschaftlichen Korrespondenz“ an, worin die christliche Gewerkschaftsbewegung noch berühmten Meistern als Kirdorf, Tille u. a. in Grund und Boden verurteilt wird. Diese Verurteilung gipfelte in dem Schlußsatz: „Tatsächlich zeigt auch die christliche Gewerkschaft in ihren Zielen kaum etwas anderes als die sozialdemokratisch organisierten Gewerkschaften. Nur weil sie sich noch christlich nennen, werden sie von Leuten, die sich gern täuschen lassen, als etwas anderes angesehen.“

Die „Deutsche Arbeitgeber-Zeitung“ will dieses nicht ohne weiteres als richtig und taktisch klug anerkennen. Sie äußert sich folgendermaßen dazu: „Zweifellos richtig ist es, daß das Gedächtnis der christlich organisierten Arbeiterschaft bisher dem der sozialdemokratischen Organismen ähnelt. Man versucht die

geforderten Arbeitsbedingungen mit Hilfe von rücksichtslos geführten Arbeitskämpfen durchzudrücken, man sperrte, boykottierte und machte sich gewissenhaft auch die sämtlichen andern von den sozialdemokratischen Gewerkschaften ausgeklügelten Kräfte zu eigen, die zur Befestigung der widerspenstigen Arbeitgeber zu führen versprechen. Es besteht somit zweifellos ein gewisser Widerspruch zwischen dem Gehaben dieser Arbeiterkorporationen und ihrer Bezeichnung als „christliche“ Verbände, insofern die auf solche Weise bewirkte Erstarrung wirtschaftlicher Vorteile an und für sich mit dem christlichen Gedanken wohl nicht das mindeste zu tun haben dürfte. Immerhin aber ist es notwendig, Begriff und Bedeutung der christlichen Arbeiterbewegung näher zu untersuchen, ehe man zu ihrer völligen Verurteilung gelangt. Als Arbeitgeber werden wir erklarerweise von vornherein der Koalition der Arbeiter zum Zweck unaufhörlicher Hinausschraubung der Arbeitsbedingungen mit Hilfe gewerkschaftlich betriebener Arbeitsniederlegung usw. grundsätzlich ablehnend gegenüberstehen müssen. Wenn es uns somit auch an und für sich gleich sein kann, von welcher Seite die gegen uns gerichteten Angriffe dabel ausgehen, so sind wir dennoch aus rein praktischen Rücksichten genötigt, den einmal obwaltenden, und von uns nicht mehr zu korrigierenden Verhältnissen auf dem Arbeitsmarkt in vernunftgemäßer Weise Rechnung zu tragen, indem wir uns unsere Gegner genauer daraufhin ansehen, welche Motive für ihr Verhalten denn eigentlich maßgebend sind. Die sozialdemokratischen Gewerkschaften dienen den Drahtziehern der Unruhbewegung als die eigentliche Schlachttruppe im Kampf um die Beilegung der jetzigen Staats- und Wirtschaftsordnung. Der übergroßen Mehrzahl der gewerkschaftlich organisierten Arbeiter mag dieser Umstand gar nicht zum Bewußtsein gelangen; sie bilden sich vielmehr ein, daß es sich lediglich darum handelt, eine dauernd steigende Hebung ihrer wirtschaftlichen Lage herbeizuführen. Das hindert indessen nicht im geringsten, daß sie sich trotzdem als höchst brauchbare Werkzeuge in der Hand der Führer erweisen und so die sozialdemokratische Bewegung in wirksamster Weise fördern. Ein gleiches nun von den christlich organisierten Arbeitern behaupten zu wollen, würde eine vollkommene Verkennung der Sachlage bedeuten. Mögen deren Führer sich noch so erklart gebärden, mag deren Auftreten noch so sehr über das Ziel hinausgehen und deshalb auch häufig genug zu wesentlicher Gefährdung der Interessen der Arbeiter selbst führen, insofern das von ihnen so beliebte Ueberspannen des Bogens diesen zu brechen droht, so hat man dennoch keinerlei Anlaß zu der Annahme, daß in solchem Beginnen unistürzliche Tendenzen zum Ausdruck gelangen. Es steht nielmehr zu erwarten, daß im Laufe der Zeit das Verständnis der Führer der „Christlichen“ für die von den Arbeitgebern zur Verteidigung ihres Standpunktes in Anschlag gebrachten Argumente mehr und mehr zunehmen wird, und daß sie sich des weiteren auch schon darum zu größerer Mäßigung bequemen werden, weil sie andernfalls Gefahr laufen, die Aktion derer zu unterstützen, gegen die ihre Verbandsbetätigung sich doch in erster Linie richten soll, nämlich der sozialdemokratischen Gewerkschaften.“

Der Schlusssatz dieser Ausführungen zeugt von einer völligen Verkennung der Hauptaufgabe der christlichen Gewerkschaften. Ihre Verbandsbetätigung hat sich nicht in erster Linie gegen die Sozialdemokratie zu richten und wird dies auch niemals tun können, sondern die Hauptbetätigung der christlichen Gewerkschaften wird nach wie vor in der Vertretung der wirtschaftlichen Interessen der Arbeiter bestehen, allerdings im Rahmen unserer staatlichen und rechtlichen Ordnung und nach christlichen Grundsätzen; und darin scheiden sich unsere Wege von den sozialdemokratischen. Wenn aber häufig die christlichen und sozialdemokratischen Verbände Schulter an Schulter den Arbeitgebern gegenüberstehen, so ist das nicht die Schuld der christlichen Arbeiter, sondern der Unternehmer, die erst nach langen und hartnäckigen Kämpfen zur Anerkennung der Arbeiterforderungen zu bewegen sind.

Abgesehen von dem falschen Schlusssatz verraten diese Ausführungen jedoch, daß die Arbeitgeber-Ztg. die Strömungen in der deutschen Arbeiterbewegung allmählich besser verstehen lernt und insbesondere das Endziel der beiden großen Gewerkschaftsrichtungen objektiv erfaßt hat und richtig beurteilt. Wenn die Arbeitgeber-Ztg. zunehmendes Verständnis bei den christlichen Gewerkschaftsführern glaubt erwarten zu können, so wäre eine betartige Wahnung jedenfalls an die Adresse vieler Unternehmer viel eher anzubringen. Die christl. Arbeiter haben niemals ein Gehör daraus gemacht, daß sie nicht den Schaden oder Ruin der Arbeitgeber wollen, sondern, daß sie die Rechte des Arbeiterstandes, wenn eben möglich, auf friedlichem Wege — ohne Streiks — erzwingen wollen. Wenn das bis heute nicht immer möglich war, ist

es nicht die Schuld mangelnden Verständnisses bei den christlichen Führern, sondern der in Betracht kommenden Unternehmer gewesen. Es wird niemanden willkommen sein, wie den christlichen Arbeitern, wenn die Erkenntnis im Lager der Unternehmer weitere Fortschritte macht und Streiks und Aussperrungen dann von selbst eingeschränkt werden können.

Im logischen Verfolg ihrer vorstehenden Ausführungen müßte die Arbeitgeber-Ztg. eigentlich die christlichen Gewerkschaften wenigstens im Prinzip als berechtigt und für die Allgemeinheit nützlich anerkennen. Aber weit gefehlt. Sie möchte die christlichen Arbeiterorganisationen nur als ein Mittel zum Zweck, und zwar in Verbindung mit den gelben Streikbrechergewerkschaften als Sturmbock gegen die Sozialdemokratie benutzen. Das sind die „taktischen Rücksichten“, die sie den Unternehmern nahelegen möchte. Sie verweist auf die Neubildung der „Gelben“ Gewerkschaften, ein Plan, der sich als „durchaus lebensfähig“ erwiesen habe und fährt dann fort:

„Daß unter diesen Umständen (Konkurrenz) die „Gelben“ von den christlichen Gewerkschaften bisher ebenso angegriffen wurden, wie von den „Roten“, ist ganz erklärlich. Es wäre aber unklug, diesen Gegenstand noch zu verschärfen. Denn zum letzten Ende muß dem Unternehmertum doch viel mehr daran gelegen sein, die Zahl seiner Gegner zu vermindern, als sie zu vergrößern. Und da es durchaus nicht erfindlich ist, warum die in ihrer Abneigung gegen die Sozialdemokratie vollauf geeinten „gelben“ und „christlichen“ Gewerkschaften sich zum Genuß der Sozialdemokratie gegenseitig das Leben schwer machen sollen, hat man allen Anlaß zu dem Bemühen, die christlichen Organisationen für sich zu gewinnen, indem man sie mit anderem Maß mißt als die sozialdemokratischen. Jedenfalls ist es schon aus taktischen Gründen nicht richtig, in der gegenwärtigen Periode beginnender gewerkschaftlicher Neubildungen vom Schlage der gelben Organisationen die Pflicht zu sorgfältiger Berücksichtigung der in der Arbeiterbewegung obwaltenden Unterschiede außer acht zu lassen. . . Wir wollen mit dem unterjenseits Gesagten vielmehr nur dartun, daß es uns in Ansehung der für die christliche und die sozialdemokratische Arbeiterbewegung in Betracht kommenden Unterschiede Merkmale keiser erscheint, die Gegner zu teilen als sie zu einem. Und dies um so mehr, als im Lager des Unternehmertums der Solidaritätsgedanke gefährdet werden könnte, wenn nicht den durch die Bildung der gelben Verbände seitens der Großunternehmer in eine Ausnahmestellung gedrängten mittleren und kleineren Unternehmern mit der Zeit in irgend einer Form ein Äquivalent geboten wird. Dieses Äquivalent aber kann nach Lage der Dinge eben nur in einer Besserung des Verhältnisses zwischen jenen und den christlichen Gewerkschaften bestehen.“

Es wird ein gänzlich vergebliches Bemühen sein, zwischen den „Gelben“ und den christlichen Organisationen ein besseres Verhältnis oder gar eine Bundesgenossenschaft gegen die Sozialdemokratie herzustellen. Weder diplomatische „taktische Rücksichten“ noch der stärkste Druck wird jemals dazu im Stande sein. Die strikte Ablehnung der sozialistischen Lehren und Ziele, die den Christlichen und „Gelben“ gemeinsam ist, kann jedoch niemals die übrigen schaffenden Gegensätze zwischen Christlichen und „Gelben“ überbrücken. Das ist ausgeschlossen! Die christlichen Gewerkschaften setzen auf dem Koalitionsrecht, betonen mit aller Entschiedenheit die Rechte des Arbeiters und verlangen die Anerkennung dessen Gleichberechtigung im Wirtschaftsleben, während die „Gelben“ ihr Koalitionsrecht für das Einseitige sogenannter Wohljahrsvereinigungen verkaufen und sich als willen- und wehrlose Lohnsklaven den Unternehmern ausliefern und im Falle eines Kampfes auf Seiten der Unternehmer stehen. Hier ist jedes bessere Verhältnis oder eine Bundesgenossenschaft ganz unmöglich. Die Sehnsucht der Arbeitgeber-Ztg. nach einer christlich-gelben Annäherung wird deshalb nicht erfüllt werden.

Die Freude der sozialdemokratischen Presse, die mit Heißhunger über den Artikel der Arbeitgeber-Ztg. herfällt, ist deshalb sehr verträubt und völlig unangebracht. Die rote Dortmund- und Niederrheinische Arbeiter-Ztg. Nr. 176, faßt schon von einem „schwarz-gelben Streikbrecherbund“ und rüht gleichzeitig wieder die klobigsten Schimpferien gegen die christliche Gewerkschaftsbewegung. Es verlohnt sich nicht, näher auf diese abgedroschenen Vorwürfe einzugehen, dadurch werden wir uns weder rechts noch links drängen lassen, sondern auf dem bisherigen bewährten Weg der Mittellinie — nämlich der Gleichberechtigung nach jeder Seite hin — weiterzugehen.

Mögen das auch die Unternehmer immer mehr einsehen, daß die christliche Arbeiterbewegung nur dem Recht und der Gerechtigkeit zur Geltung verhelfen will. Mögen sie es auch nicht zu spät erkennen, daß sie mit ihren Schützlingen, den „Gelben“, das Ziel niemals erreichen werden, was sie im Auge haben, sondern daß sie damit in letzter Linie nur denen die Pfaffen in die Klüfte treiben, die sie angeblich bekämpfen wollen, nämlich den Sozialisten. Die taktischen Erwägungen des führenden Arbeitgeberorgans zeigen uns jedoch, daß die Unternehmerverbände wohl oder übel mit den christlichen Gewerkschaften rechnen müssen und je größer und leistungsfähiger andere Bewegung wird, um so nachhaltiger wird dieser Einfluß für die Zukunft werden.

Der Arbeitsmarkt in der Metallindustrie.

(Monat Juni 1907.)

Aus der Rohstfeuerzeugung wird berichtet, daß sich die Verkäufe in Gießereibetrieben zurzeit in mäßigen Grenzen bewegen, da der Hauptbedarf für das laufende Jahr gedeckt ist. Ebenso ist Raddel- und Stahlseil in der Hauptsache bis Ende dieses Jahres gekauft. Die Abrufe seitens der Landwirtschaft waren normal.

Die Lage in den Stahl- und Walzwerken blieb im allgemeinen unverändert günstig. Immer noch wird aus fast allen Bezirken ein Mangel an Arbeitskräften gemeldet.

Im Saargebiet waren die Werke gut beschäftigt, einem Bericht zufolge wird der Geschäftsgang aber nachlassen, da es an neu eingehenden Bestellungen fehlt. Im Zusammenhang mit dem guten Geschäftsgang und infolge des augenblicklichen Mehrbedarfs der Landwirtschaft machte sich starker Mangel an Arbeitern geltend. Die Produktion und die Ablieferungen waren stellenweise infolge Kohlen-, Erz- und Wagenmangels geringer, als sie hätten sein können. Die Werke des rheinisch-westfälischen Bezirkes hatten einen sehr guten Geschäftsgang zu verzeichnen und mußten lang ausgedehnte Lieferungsfristen verlangen. Ein Mangel an geeigneten Arbeitskräften und Betriebsstörungen beeinflussten vielfach die Produktion. Stellenweise nahmen die Lohn erhöhungen ihren Fortgang.

Bei den sächsischen Werken trat in der zufriedenstellenden Lage im Berichtsmontat keine Veränderung ein. Die bereits im Vormonat gemeldete Zurückhaltung der Händler bei Neuabschlüssen in Walzereien hielt infolge der Unklarheit des Walzseilmarktes an. Aus Württemberg wird ein guter Geschäftsgang gemeldet. Angebote und Nachfrage nach Arbeitskräften deckten sich annähernd. Die oberösterreichischen Werke waren mit Aufträgen befriedigend versehen. Hier nahm der Arbeitermangel einen immer ernsteren Charakter an, so daß stellenweise die vorhandenen Anlagen nicht voll ausgenutzt werden konnten. In einzelnen Betrieben wurde mit Ueberstunden gearbeitet.

Die Blechwalzwerke waren wie im Vormonat gut beschäftigt. Aus einem oberösterreichischen Betrieb wird berichtet, daß der Eingang an Aufträgen schon eher war als im Mai. Die Röhrenwerke hatten befriedigend zu tun. Die westfälischen Nickelwalzwerke waren wie im Vormonat mit Aufträgen gut versehen. Namentlich fehlten geschulte Arbeitskräfte.

Die Lage in den Eisengießereien war den Berichten zufolge zufriedenstellend. Im allgemeinen konnte die Nachfrage nach Arbeitskräften befriedigt werden, in einem Münchener Betrieb war ein Ueberangebot an Arbeitskräften vorhanden, während Süddeutschland unter einem Mangel an solchen litt. Die Werke für Stahlformguß melden einen guten Geschäftsgang, der bereits in den Vormonaten berichtete Arbeitermangel hielt an.

Der Rohstoffmangel, unter dem die Drahtindustrie im vorigen Monat litt, ist gehoben, der Beschäftigungsgrad war daher zufriedenstellend. Hingegen hielt die unbefriedigende Lage in der Drahtstrickindustrie den Berichten zufolge an.

In den Betrieben der Nadelindustrie hat sich während des zweiten Vierteljahres 1907 die Lage nicht wesentlich verändert. Da die Nachfrage nach allen Artikeln noch immer ziemlich lebhaft war, so war die Beschäftigung gut. Die Aussichten für die nächste Zukunft sind nach dem Bericht immer noch günstig, wenn auch von einer Firma beklagt wird, daß infolge der erhöhten Eingangszölle in Oesterreich-Ungarn der Verkauf nach diesem Land fast vollständig aufgehört hat. Arbeiter und Arbeiterinnen wurden ständig gesucht, doch war es beinahe unmöglich, solche zu erhalten. Mehrfach mußten Lohn erhöhungen stattfinden. Außerdem wird berichtet, daß

hat im Vorjahr angefallen. Einmal mangels Beteiligung der Radelfabrikanten wahrscheinlich nicht zustande kommen wird.

In dem günstigen Beschäftigungsgrad der Klein-eisenindustrie trat dem Vormonat gegenüber, wie aus dem Rheinischer Bezirk und aus Breslau berichtet wird, keine Veränderung ein. Der Geschäftsgang in der Nürnberger Blech- und Metallwarenfabrikation zeigte ungefähr den gleichen guten Stand wie im Vormonat.

Aus den Werken, die Messing in Stangen, Blechen, Draht und Kupfer in Stangen und Draht herstellen, wird berichtet, daß sich eine große Abnahme des Konsums bemerkbar machte, der Geschäftsgang war daher vorwiegend unbefriedigend. Infolge des ungenügenden Eingangs an Aufträgen fanden vorübergehend Einschränkungen in der Arbeitszeit statt.

Der allgemeine Maschinenbau hatte im Berichtsmonat reichlich zu tun, der Geschäftsgang war vielfach besser als im Juni 1906. Stellenweise wird über Mangel an Arbeitskräften geklagt. Was die Lohnbewegung in Offenbach a. M. und Umgebung betrifft, so kam eine Einigung zustande, auf Grund deren die Arbeit am 17. Juni wieder aufgenommen wurde.

Die gute Lage in den Armaturwerkstätten, Dampfessel- und Dampfmaschinenfabriken veränderte sich gegen den Vormonat nicht. Das Angebot an guten, gelehrten Arbeitskräften war vielfach recht schwach. Die Wärmekraftmaschinenindustrie war, wie aus Bayern berichtet wird, mit Aufträgen gut versehen.

Junge Kräfte boten sich hier reichlich an, ältere und erfahrene Arbeiter hingegen ungenügend. Die Werkzeugmaschinenfabriken waren im zweiten Vierteljahr 1907 durchweg reichlich beschäftigt, vielfach besser als im vorhergehenden Vierteljahr. Gegen den entsprechenden Zeitabschnitt des Vorjahrs ergab sich fast überall eine Besserung, auch hinsichtlich der Preise.

Stellenweise hat man allerdings die Empfindung, als ob der Höhepunkt des Geschäftsaufschwungs bereits erreicht sei. Die stehende Klage über einen Mangel an gelehrten Arbeitern wurde wieder von vielen Seiten laut, meist noch stärker als früher, den Grund dieser Erscheinung erblickt man seitens der Werke zum Teil in dem Bestreben der jungen Leute, beim Eintritt in das Berufsleben gleich mehr Geld zu verdienen, als sie während des Erlernens eines später viel lohnenderen Handwerks erhalten können. Ferner werden viele tüchtige Arbeitskräfte dem Werkzeugmaschinenzweig durch den Automobilbau und die Sportindustrien entzogen. Die Löhne waren im vergangenen Vierteljahr anhaltend steigend oder wenigstens stetig. Aus einem Berliner Großbetrieb wird z. B. berichtet, daß der Stundenlohn am 1. April 1907 um 2 1/2 Prozent erhöht wurde, entsprechend der um 1/4 Stunde verkürzten Arbeitszeit. Ueberstunden waren vielfach notwendig, wurden aber trotz hohen Lohnzuschlags nur in wenigen Fällen von den Arbeitern geleistet. Gleichfalls günstig war nach dem vorliegenden Bericht der Beschäftigungsgrad in der Industrie für Blech- und Metallbearbeitungsmaschinen. Um die umfangreichen Aufträge rechtzeitig erledigen zu können, waren stellenweise Ueberstunden nötig.

Die Fabriken für landwirtschaftliche Maschinen waren reichlich mit Aufträgen versehen. Aus Baden wird berichtet, daß sich ein recht empfindlicher Mangel an Kohlen bemerkbar machte. Im Lokomotivbau ließ die Nachfrage nach einem Bericht aus Mitteldeutschland im Vergleich zum Vormonat zwar etwas nach, der Geschäftsgang war aber im Berichtsmonat rege, so daß stellenweise regelmäßig mit Ueberstunden gearbeitet werden mußte. Der Maschinenbau für die Textilindustrie hatte unverändert gut zu tun, stellenweise fehlten noch immer Arbeitskräfte. Der Textil- und Waschmaschinenbau zeigte nach dem Bericht aus Nordwest-Deutschland im Vergleich zum Vormonat eine geringe Verschlechterung. Die Lage in der Bergwerksmaschinenindustrie war recht günstig, vielfach noch besser als in den Vormonaten. Im Zusammenhang mit dem guten Geschäftsgang trat oft ein empfindlicher Mangel an Arbeitskräften ein, die häufig notwendige Ueberarbeit wurde von den Arbeitern im allgemeinen ungern geleistet. Die Bergmaschinenindustrie war nach dem Bericht aus Aitona gut beschäftigt, doch trat gegen den Vormonat ein Rückgang ein, der Eingang neuer Aufträge ließ nach. Die Industrie für Hebezeuge und Transportanlagen zeigte in dem günstigen Geschäftsgang der Vormonate keine Veränderung.

Der Eisenkonstruktionsbau und ebenso der Schiffbau hatten gut zu tun. Das Angebot an Arbeitskräften genügt nicht. Der Beschäftigungsgrad im Schiffbau war, wie aus Stettin gemeldet wird, ebenfalls gut.

Der Eisenkonstruktionsbau hatte wie im Vormonat viel zu tun, vielfach mehr als in der gleichen Zeit des Vorjahres. Besonders in Schlesien und Nordwest-Deutschland fehlten Arbeitskräfte, im Zusammenhang damit waren stellenweise Lohnerhöhungen und Ueberstunden erforderlich.

(Reichsarbeitsblatt)

Zum Kapitel Beitragszahlung.

Die Stärke einer gewerkschaftlichen Organisation liegt nicht allein in der Zahl der Mitglieder, sondern vor allem in ihrer Finanzkraft. Nur derjenige Verband kann die Lage seiner Mitglieder verbessern, sowie den großen finanziellen Anforderungen, die durch das jetzt so weit ausgebreitete Unterstützungswesen an ihn gestellt sind, gerecht werden, der über eine gut gefüllte Verbandskasse verfügt. Soll ein Verband finanziell hoch stehen, Ordnung und Schwung im Innern sein, so ist es nötig, daß die Grundbedingung hierzu vor allem erfüllt wird. Dieselbe besteht darin, daß die Mitglieder pünktlich ihre Verbandsbeiträge entrichten.

Leider vergessen viele Verbands-Kollegen diese so wichtige Pflicht eines eifrigen Gewerkschaftlers zu erfüllen, indem sie entweder ihre Beiträge gänzlich bezahle, oder mit dem Bezahlen oft sehr weit im Rückstande bleiben. Diesem Uebelstande ist es zuzuschreiben, daß so viele der Neuaufgenommenen schon nach kurzer Zeit dem Verbands wieder den Rücken kehren. Möchten daher die Kollegen sich das pünktliche Bezahlen der Verbandsbeiträge angewöhnen. Es würde ihnen selbst damit das Zahlen erleichtert und den Vertrauensmännern bleibe mancher Gang erspart, wodurch sie in die Lage kämen, um so viel eifriger in der Agitation tätig zu sein. Von dem Idealsinnus und der Opferwilligkeit der Kollegen darf erwartet werden, daß sie sich nicht mit dem pünktlichen Beitragszahlen begnügen, welches als das mindeste von einem Gewerkschaftler verlangt werden kann, sondern daß sie dazu übergehen, ihren Verbandsbeitrag wenigstens eine Woche im Voraus zu entrichten. Viele der Mitglieder befinden sich ganz gut in der Lage, den Beitrag für einen Monat oder gar für ein Quartal im Voraus zu bezahlen.

Würde diese Art Opferwilligkeit von einer großen Anzahl Kollegen geübt, so würde, ohne daß dieselben finanziell ein Mehr an Opfern zu bringen hätten, für die Verbandsbeziehungswiese Lokalkasse eine nicht zu unterschätzende Einnahmequelle geschaffen. Dadurch, daß hiermit die Ortsgruppen gleich zu Anfang des Quartals über eine bedeutende Einnahme verfügten, würde das Geld, falls es auf einer sicheren Sparkasse oder in einem Bankinstitut zinsbringend angelegt würde, der Lokalkasse wieder eine Einnahme bringen. Zudem würde hierdurch der Ortskassierer der Sorge um die Sicherheit des ihm anvertrauten Geldes enthoben.

Nun werden gewiß viele Kollegen entgegenen, es sei ihnen unmöglich, da sie mit einem geringen Verdienst eine oft zahlreiche Familie zu unterhalten hätten, den Verbandsbeitrag für einen Monat oder noch längerer Zeit auf einmal zu bezahlen. Jedoch bei einigem guten Willen seitens dieser Kollegen, können auch diese mit dem Bezahlen im Voraus sein, wenn sie ab und zu eine Beitragsmarke mehr liebten. Dadurch kommen diese Kollegen nach einiger Zeit schon von selbst zum Vorausbezahlen der Beiträge, ohne daß es ihnen besonders schwer fällt. Zudem hat das im Vorausentrichten der Beiträge noch den Vorzug, daß ein Kollege, falls er einmal nicht in der Lage wäre zu bezahlen, derselbe doch nicht sogleich im Rückstand bleibt. Mögen daher die Kollegen vor allem pünktlich und wenn eben möglich im Voraus ihren Verbandsbeitrag entrichten, dann werden auch die Klagen so vieler Ortskassierer bei den Quartalsabrechnungen über die oft hohe Summe der restierenden Beiträgen, sowie seitens der Zentrale über das unregelmäßige Abrechnen vieler Ortsgruppen, verstummen.

P. S. Dulsburg.

(Anm. d. Red. Die hier gemachten Vorschläge sind sehr beherzigtenswert und darf auch erwartet werden, daß mancher Nachlässiger und Zahlungssauler dadurch einmal zu einer kleinen Gewissensforschung und hoffentlich auch gründlicher Besserung veranlaßt wird. Wie manchem eifrigen Vertrauensmann und gewissenhaften Kassierer ist das gewiß nicht leichte Amt durch die Saumlässigkeit der zahllosen Mitglieder verleidet und schließlich ganz verfehlt worden, sobald sie ihren Posten niederlegten. Wie manche Ortsgruppe ist durch diesen Uebelstand auf dem Hund gekommen, aber kein Heil und Lebensaus-

gewonnen hat. Das wäre alles wegfallen, wenn obige Anregungen von allen Verbandsmitgliedern praktisch durchgeführt würden. Damit wäre auch das schlimmste Uebel unserer Gewerkschaftsbewegung, nämlich der stark mitgliedererwecksel, wesentlich eingebremst.)

Wissen ist Macht.

Wohl in keinem anderen Stande wird vorstehendes Satz so oft angewendet, als im Arbeiterstande. Aber auch wohl kein Stand hätte es notwendiger, die sich daraus ergebenden Schlussfolgerungen mehr zu beherzigen als gerade wir Arbeiter. Ist es doch sozusagen die letzte Waffe, welche die Unternehmer gegen unsere gerechten Forderungen in Bezug auf Lohnerhöhung und besonders gegen die Verkürzung der Arbeitszeit auszuspielen, daß sie sagen, der Arbeiter würde doch von einer Verkürzung der Arbeitszeit, sowie auch in den meisten Fällen von einer Lohnerhöhung nicht den richtigen Gebrauch machen. Vielmehr würde dieses, nach Ansicht dieser Herren, nur zum Schaden unserer Gesundheit und dadurch zum Schaden der Industrie auslaufen. Dieser Einwand ist durchaus ungerechtfertigt. Gewiß muß die geistige Hebung des Arbeiterstandes noch fortwährend, besonders nachdrücklich betrieben werden. Und besonders wir christliche Arbeiter müßten dieses noch mehr als bisher beherzigen. Ist es doch gerade unsere Bewegung, welche große ideale Ziele sich gestellt hat und trotzdem von allen Seiten auf das heftigste bekämpft und angefeindet wird. Sehen wir von den Gegnern in den anderen Klassen ab, so haben wir im Arbeiterstande noch Gegner mehr als genug. Hier gilt es, seinen Mann zu stellen und bedürfen wir allseitiger Mitarbeit.

Um aber tatkräftig mitarbeiten zu können, müssen wir unbedingt unser Wissen bereichern. Erfreulicherweise ist dieser Gedanke auch schon von den meisten unserer Kollegen erfaßt worden, so daß die Frage über die Notwendigkeit der geistigen Bildung des Arbeiterstandes schon mehr in den Hintergrund tritt. Dafür ist jetzt die Frage, welche Mittel uns zur Geistesbildung zu Gebote stehen, um so krennender geworden. Der Zweck dieser Zeilen ist es, einige dieser Mittel und Wege zur Bildung, in Erinnerung zu bringen. An erster Stelle ist das fleißige und beständige Lesen unseres Verbandsorgans zu empfehlen. Ein weiteres Mittel, welches den Mitgliedern auch ohne Kostenaufwand geboten wird, sind unsere Versammlungen. Und gerade dieses Mittel wird noch viel zu wenig benutzt. Wenn in manchen Zahlstellen nur der 3. oder 4. Teil der Kollegen es für notwendig erachtet, die Versammlungen zu besuchen, so ist das ein trauriges Zeichen von dem geringen Maße des Bildungsbedürfnisses, welches auch noch in unseren Reihen anzutreffen ist. Ferner sollte jeder Kollege, welcher mitarbeiten will an der Ausbreitung der christlichen Arbeiterbewegung, Leser und Abonnent des Zentralblattes sein. In seinen Aufsätzen nimmt das Zentralblatt Stellung zu allen die Gewerkschaftler betreffenden Tagesfragen. Da dasselbe den Kollegen zu dem überaus billigen Preise von 56 Pfg. pro Quartal, durch die Post frei ins Haus geliefert wird, ist ein Abonnent nur bestens zu empfehlen. Als selbstverständlich muß es gelten, daß jeder Kollege eine Tageszeitung gegenübersteht. Zuletzt aber nicht als letztes Mittel ist die Teilnahme an einem Unterrichtskursus zu empfehlen. Im Gegensatz zu der sonst üblichen Art und Weise möchte ich dieses nicht bloß den jüngeren, sondern auch den älteren Kollegen empfehlen mit dem Hinweis darauf, daß auch der älteste Kollege nicht zu alt zum Lernen ist.

Beantworten wir noch kurz die Frage: Inwiefern soll der Ortsgruppenvorstand dem Bildungsbedürfnis der Kollegen Rechnung tragen? Derselbe hat vor allen Dingen darauf zu achten, daß die Versammlungen so interessant und lehrreich, wie nur möglich gestaltet werden. Es wäre ferner anzuraten, in jeder Versammlung den Kollegen die Broschüren, welche durch die Buchhandlung des Gesamtverbandes zu beziehen sind, zum Kaufe anzubieten. Dadurch würde den Kollegen das Anschaffen einer Hausbibliothek bedeutend erleichtert und auch vielleicht der Versammlungsbesuch gehoben werden. Dergleichen sollte jede Ortsgruppe eine Bibliothek errichten. In derselben müßten sich dann alle größeren Werke befinden, welche den Kollegen wegen des Preises nicht leicht zugänglich sind. Die kleineren Broschüren soll sich jedes Mitglied selbst anschaffen. — Dieses wären nun einige Gedanken zur geistigen Hebung des Arbeiterstandes, welche nicht nachdrücklich genug gepflegt werden kann. An den Kollegen liegt es jetzt, das Gesagte zu beherzigen und sich ein Wissen anzueignen, von dem der Dreizehnlinden-Sänger Weber sagt, daß:

Wissen heißt die Welt verstehen;
Wissen lehrt verrauschter Zeiten
Und der Stunde, die da flattert,
Bunberliche Zeichen deuten.

Soziale und gewerkschaftliche Rundschau.

Arbeitslosigkeit im 2. Quartal 1907.

Im Juliheft des Reichsarbeitsblattes wird die Arbeitslosigkeits-Statistik für das zweite Vierteljahr 1907 veröffentlicht. An der Statistik sind dieses mal 1 338 148 organisierte Arbeiter beteiligt. Zum ersten mal ist der christliche Schuh- und Lederarbeiterverband an den Erhebungen beteiligt, sodas jetzt drei christliche Berufsorganisationen, unser Verband, der Verband für das graphische Gewerbe und die Schuh- und Lederarbeiter die Erhebungen mitmachen. Zum zweitenmal fehlen die katholischen Fachabteilungen, die sich mit ihrem Dalles wahrscheinlich nicht weiter öffentlich blamieren wollen.

Unser christlicher Metallarbeiterverband hatte im Berichtsquartal insgesamt 933 Fälle von Arbeitslosigkeit zu verzeichnen. An Unterstützungen wurden gezahlt für 5053 Arbeitslosentage (einschließlich Karenztage) an männliche Mitglieder 2296 Mk., an weibliche 88 Mk. und auf der Reise 940 Mk. Die Häufigkeit der Arbeitslosenfälle in den drei Hauptmetallarbeiterorganisationen seit Anfang des Jahres 1906 ergibt folgende Zusammenstellung:

Quartal	Christlicher Metallarb.-Verband		Christl.-Dankerscher Gewerksverein der Met.		Sozialdemokrat. Metallarb.-Verband	
	Mitgliederzahl am Schluß des Quartals	Arbeitslosenfälle in Prozent	Mitgliederzahl am Schluß des Quartals	Arbeitslosenfälle in Prozent	Mitgliederzahl am Schluß des Quartals	Arbeitslosenfälle in Prozent
1. 06	19 422	1,7	50 851	1,7	285 985	4,9
2. 06	23 541	2,6	52 963	1,9	304 183	5,4
3. 06	25 743	1,6	51 567	1,5	317 781	3,9
4. 06	26 272	2,4	48 412	1,5	331 822	4,8
1. 07	27 341	2,2	45 205	2,0	349 519	4,8
2. 07	28 119	3,8	43 141	1,7	357 195	4,2

Demgemäß ist der Prozentsatz der Arbeitslosenfälle in unserm Verband von 2,2 auf 3,3 gegenüber dem vorhergehenden Quartal gestiegen. Die Mitgliederentwicklung, die ebenfalls aus vorstehender Tabelle ersichtlich ist, kann uns kaum befriedigen. Ganz bedeutend zurückgegangen ist wiederum der Christl.-Dankersche Gewerksverein der Maschinenbau- und Metallarbeiter, der nunmehr in der Zeit von einem Jahr um annähernd 10 000 Mitglieder verloren hat. In derselben Zeit hat unser Verband doch noch eine Zunahme von circa 5000 Mitglieder aufzuweisen. Auf der ganzen Linie aber müssen unsere Kollegen alle Kräfte einsetzen, um ein schnelleres Wachstum des Verbandes herbeizuführen.

Ein Weltkrust in der Stahlindustrie.

Wie die Unternehmer am Ausbau ihrer Organisation fortwährend tätig sind, zeigt folgender Bericht, den wir der „Eisen-Zeitung“ Nr. 30 entnehmen:

„In den letzten Tagen des Monats Juni hat in Paris eine Konferenz der größten Stahlhütten-Fabrikanten Deutschlands, Englands, Frankreichs und Belgiens stattgefunden, welcher auch Wm. S. Corey, der Präsident der U. S. Steel Corp. zugezogen worden war und dieser letztere Anstand verleiht dieser Konferenz um so größere Bedeutung, als Corey eigens wegen ihr nach Paris gereist war. Bekanntlich besteht zwischen den großen Stahlhütten-Fabriken Europas eine Vereinbarung bezgl. des Anteils jedes Landes an dem Weltgeschäft und diese Vereinbarung ist jetzt auf weitere 5 Jahre verlängert worden. Nun kommt von Paris die Meldung, Corey habe an den Beratungen in Vertretung der größten Stahlhütten-Erzeugungsgesellschaft der Vereinigten Staaten, der Stahl-Korporation, lebhaft Teil genommen und es hätten zwischen den europäischen und den amerikanischen Fabriken Abmachungen stattgefunden, welche die gleichartige Behandlung des Stahlmarktes zum Gegenstand hatten; es wäre also ein Stahlhütten-Weltkrust perfekt geworden, dessen Wirkungen wohl nicht lange auf sich warten lassen werden.“

Ueber die Bedeutung dieser Neugründung folgt dann noch eine lange Abhandlung, worin die Aussichten für die Zukunft näher beleuchtet werden. Die Industriellen wissen das Mittel der Organisation bis zur letzten Konsequenz ihrem Vorteil zu Nutzen zu machen und hier müssen wir Arbeiter von ihnen lernen.

Das Alter der Invalidenrenten-Empfänger.

Aus den „Nachweisungen“ der Rechnungsergebnisse der Invalidenversicherungsanstalten für das Jahr 1905 läßt sich erkennen, das die Invalidität der Versicherten immer mehr in höhere Lebensalter gedrängt wird. Gegen das Jahr 1904 ist hier ein beträchtlicher Fortschritt zu verzeichnen.

Von den im Jahre 1905 hinzugekommenen Invalidenrenten-Empfänger sind die folgenden Verhältnisse zu

	Invalidenrenten		Krankenrenten	
	Zahl	pro Tausend Renten	Zahl	pro Tausend Renten
20—24 Jahre alt	3 504	28	1 704	82
25—29	5 955	48	1 566	133
30—34	5 652	46	1 412	119
35—39	5 735	46	1 431	121
40—44	6 592	53	1 528	129
45—49	8 773	71	1 364	115
50—54	12 215	98	1 049	89
55—59	17 349	140	606	51
60—64	24 346	196	185	16
65—69	21 728	175	14	1
70 und mehr Jahre	12 232	90		
Zusammen	124 111	1000	11 833	1000

Die Höchstzahl der Invalidenrenten entfällt, wie auch im Vorjahre, hiernach auf die Altersklasse von 60 bis 64 Jahren und die der Krankenrenten in die Klasse von 25 bis 29 Jahren. Im übrigen aber zeigt es sich, das die Festsetzungen der Renten in dem jüngeren Lebensalter gegen das Berichtsjahr 1904 abgenommen haben.

Wie viel sind die Gliedmaßen eines Arbeiters wert?

Die Knappschäfersberufsgenossenschaft in Bochum hat den Ärzten ein Verzeichnis zugehen lassen, demgemäß fürberhin die Renten bemessen werden sollen. Die Taxierung menschlicher Körperteile sieht folgendermaßen aus:

	Erwerbsverminderung %
Arme und Beine.	
a) Beine:	
Oberschenkel	75
Unterschenkel in solcher Höhe, das Prothese die Kniebeuge verhindert	66 2/3
Unterschenkel, Fuß	50
Fuß mit Erhaltung der Ferse zum Auftreten	33 1/3
b) Arme:	
rechts ganzer Arm, Unterarm, Hand	66 2/3
links " " " "	60
Finger und Fingerglieder:	
1. Daumen	
rechts ganzer Daumen	25
rechts Nagelglied	—
links ganzer Daumen	20
links Nagelglied	—
2. Zeigefinger	
rechts ganzer Zeigefinger	20
rechts 2 Glieder	10
rechtes Nagelglied	—
links ganzer Zeigefinger	15
links 2 Glieder, Nagelglied	—
3. Mittelfinger:	
rechts ganzer Mittelfinger	10
rechts 2 Glieder, Nagelglied	—
links ganzer Mittelfinger	10
links 2 Glieder, Nagelglied	—
4. Ringfinger:	
rechts ganzer Ringfinger	10
rechts 2 Glieder, Nagelglied	—
links ganzer Ringfinger, 2 Glieder, Nagelglied	—
5. Kleinfinger:	
rechts ganzer Kleinfinger	10
rechts 2 Glieder, Nagelglied	—
links ganzer Kleinfinger, 2 Glieder, Nagelglied	—

Das Unzulässige kennt eine solche schablonenmäßige Taxierung nicht, es würde auch eine Ungerechtigkeit hervorgehen sein. Das Reichsversicherungsamt hat ebenfalls dahin entschieden, das die Erwerbsbeschränkung von Fall zu Fall unter Anhörung nicht allein des Arztes, sondern auch der sachkundigen Berufskollegen eines Berlehten bemessen werden soll. Für manche Unternehmer ist dies das natürlichste zu sein. Die vorstehende „Preistabelle“ zeigt, so höhn die sozialdemokratische Presse, wie tief die Anschauung der Scharmacher die Aerzte einschätzt und wie sehr sie die Berufsgenossenschaftsärzte als ihre Anlieh erachtet und behandelt, die hoch bezahlt werden, um die „Renten“ der Arbeiter zu brüden.

Sommerurlaub für Arbeiter.

In den letzten Jahren wird mehr als früher die Gewährung eines Sommerurlaubs für Arbeiter in ähnlicher Weise, wie ihn die Beamten sämtlich, die kaufmännischen Angestellten zum größten Teil bereits genießen, in der Öffentlichkeit erörtert. Es

Frage der Urlaubsgewährung den Privaten mit gutem Beispiel vorgegangen, so von staatlichen Betrieben, die der Heeresverwaltung unterstehen, die Reichspostverwaltung, die preussisch-hessische und die sächsische Staatsbahnverwaltung. Der gewährte Urlaub schwankt zwischen 3 und 10 Tagen und richtet sich in seiner Länge teils nach der Länge der Dienstzeit, die mindestens 5 bzw. 7 Jahre betragen muß, teils nach dem Lebensalter, wie bei der Reichspost, wo vom 35. Jahre ab nach fünfjähriger Dienstzeit 3 Tage Urlaub gewährt werden. Nehulich ist in einer Reihe von Gemeinden die Urlaubsvfrage geregelt. Im ganzen sind es rund 70 Stadtverwaltungen, die ihren Arbeitern Urlaub unter Fortzahlung des Lohnes bewilligen. Häufig fängt hier die Urlaubsberechtigung bereits nach kürzerer Dienstzeit an, so in Mülhausen i. E. nach einem Jahre, in Charlottenburg nach zwei Jahren, in Schöneberg nach drei Jahren. In der Privatindustrie bestehen, soweit überhaupt Urlaub gewährt wird, noch mannigfache Verschiedenheiten. Zum größten Teil wird der Lohn weiter gezahlt; in einer Reihe von Betrieben dagegen ist das leider nicht der Fall, andererseits aber finden sich auch Arbeitgeber, die ihren Arbeitern neben dem Lohn noch eine Reiseunterstützung zuteil werden lassen, und zwar teils aus Stiftungen, teils durch die Unternehmer selbst. Die Länge des Urlaubs richtet sich auch hier meist nach der Länge der Dienstzeit. Teilweise tritt die Urlaubsberechtigung schon nach ein oder zwei Jahren, zum größten Teil erst nach 5, 10, selbst 15 Jahren ein. Zum Teil sind namentlich im Buchdruck- und Brauereigewerbe, Urlaubsgewährung und Lohnzahlung tariflich festgelegt. Die Unternehmer, die einen Sommerurlaub bewilligen, sind mit dieser Einrichtung durchaus zufrieden; allenthalben wird berichtet, das eine Produktionsverminderung nicht beobachtet wurde, das vielmehr das Verhältnis zwischen Unternehmer und Arbeiter sich inniger und freundlicher gestaltete, ein Umstand, der auf den ganzen Betrieb wohlthätig zurückwirkte. Auch hier zeigt sich, wie bei vielen andern Dingen auf dem Gebiet des sozialpolitischen Fortschritts, das die Unkosten, die Verbesserungen der Arbeitsverhältnisse im Augenblick verursachen, sich durch gesteigerte Arbeitsleistungen wieder bezahlt machen. Freilich ist das, was erreicht ist, noch nicht allzuviel, aber es bedeutet wenigstens einen Anfang.

Eine unwahre Behauptung

befindet sich in der „Schmiede-Zeitung“, Nr. 30, dem Organ des sozialdemokratischen Schmiedeverbandes. Das Blatt schreibt:

„Mit recht gemischten Gefühlen verfolgen die Unternehmer die Wirkungen der Aussperrungen auf die christlichen und Christl.-Dankerschen Gewerkschaften, sowie auf die unorganisierten Arbeiter. Wo es angeht, werden dieselben auch davon verschont.“

Das ist, soweit der Christl. Metallarbeiterverband in Betracht kommt, eine direkt unwahre Behauptung, für welche die „Schmiede-Zeitung“ den Beweis schuldig bleiben wird. Noch bei keiner Aussperrung sind die christlich-organisierten Metallarbeiter verschont worden. Die Metallindustriellen denken auch gar nicht daran, wie es ja in dem Rundschreiben des Gesamtverbandes deutscher Metallindustrieller vom vorigen Jahre, das doch auch der „Schmiede-Ztg.“ nicht unbekannt ist, offen ausgesprochen wurde. Wenn die „Schmiede-Zeitung“ nichts sichhaltigeres gegen die christlichen Gewerkschaften vorzubringen weiß, sollte sie lieber schweigen.

Die „Westdeutsche Post“

Das Organ der Christl.-Dankerschen Reformen in Düsseldorf, das sich zur Zeit „Gewerkschaftsbote“ nannte, dann „Westdeutsche Abendpost“, hierauf „Westdeutsche Arbeiterpost“ und heute unter Ausdrangung des Ehrentitels „Arbeiter“ sich in „Westdeutsche Post“ umgehändert hat, reibt sich in Ermangelung eines andern Stoffes in seiner Nr. 30 wiederum am Organ des christlichen Metallarbeiterverbandes und dessen Vorsitzenden Weber. Das Blatt titiert unsern Artikel über Lebensmittelkennzeichnung und Hauswirtschaftskosten und will aus unsern diesbezüglichen Vorschlägen die Zwecklosigkeit der ganzen christlichen Gewerkschaftsbewegung nachweisen. Auf der einen Seite wollen die christlichen Gewerkschaften eine Befestigung der Lage der Arbeiter, auf der andern Seite träten sie jedoch für die Vertenerung der Lebensmittel ein. Dieser Unfuss verdient keine weitere Widerlegung, ebenso wenig wie die Anzapfung Webers, die sich das Blatt am Schluß des Artikels wohl gestattet. Dem Christl.-D. Organ scheint es an Stoff zu mangeln, denn in derselben Nummer berichtet es über zwei sozialdemokratische Arbeiter, die

langen in Duisburg, wo über „Ein Aktentat auf die Taschen des Volkes“ referiert wurde, im zustimmenden Sinne, aber ohne den roten Charakter der Versammlungen anzudeuten. Das soll jedenfalls die stillschweigende Bundesgenossenschaft und enge Familienverwandtschaft der S.-D. Reformier mit den Sozialdemokraten dokumentieren. Ferner druckt das S.-D. Organ in derselben Nr. einen Artikel über „die Antikurrenz ausländischer Arbeiter“ aus einem von den S.-D. sonst bitter gehähten Zentrumsorgan, nämlich der „Köln. Volksztg.“ wörtlich ab, ohne die Quelle anzugeben. Ergötzlich ist, daß in dem betr. Artikel die Verhandlungen des letzten christlichen Gewerkschaftskongresses in Breslau hervorgehoben werden, was sich in dem S.-D. Organ mehr wie komisch ausnimmt. Das S.-D. Reformorgan hat sich, seit der frühere Redakteur Erkelenz das schwankende Schiffslein verließ, inhaltlich noch nicht viel gehessert, wie aus Vorstehendem ersichtlich ist. Wie können dem Blatt aber den wohlgemeinten Rat erteilen, in Zukunft bei etwaigem Stoffmangel den christl. Metallarbeiterverband in Ruhe zu lassen, sonst werden wir ihm noch öfter auf die Finger klopfen müssen.

Die Versicherung gegen Arbeitslosigkeit

Wird in der Stadt Köln bekanntlich seit 11 Jahren durch die Kölner städtische Versicherungsasse gegen Arbeitslosigkeit betrieben. Das Institut trägt jedoch mehr den Charakter einer Ergänzung der Armenunterstützung; die Versicherung ist freiwillig. Infolgedessen sind meistens nur solche Leute versichert, die mit großer Wahrscheinlichkeit auf eine längere Arbeitslosigkeit rechnen müssen, besonders die Saisonarbeiter. Infolgedessen ist auch die Zahl der Versicherten bei der guten wirtschaftlichen Lage zurückgegangen. Die Zahl der Versicherten, die 1904/05 ihren höchsten Stand mit 1717 erreicht hatte und 1905/06 1610 betrug, sank 1906/07 auf 1255. Bei 100 erlosch die Versicherung vor der Bezugsberechtigung; von den übrigen 1155 wurden 980 gleich 84,8 Prozent, arbeitslos (im Vorjahre von 1453 1087 gleich 74,3 Prozent). Diese bezogen 40 014 Mark. (23 645 M.) an Tagegeldern für 24 086 (13 414) Tage. Im Vorjahre konnte für 28 714, im Jahre 1906/07 aber nur für 18 238 Tage Arbeit beschafft werden, was auf den strengen Winter zurückzuführen ist. 254 ungelernete Arbeiter bezogen 10 433 M., 701 gelernte 29 571 M. Tagegelde. Das Vermögen stieg trotz der höheren Ausgaben von 138 258 M. auf 139 939 M. Die Stadt hatte wieder, wie bisher, einen Zuschuß von 20 000 M. geleistet, die Versicherten zahlten durch ihre Wochenbeiträge 17 194 M. gleich 43 Prozent der zur Auszahlung gelangten 40 014 M. Tagegelde.

Eine

Hütten- und Walzwerksarbeiter-Konferenz ist vom christlichen Metallarbeiterverband für Sonntag, den 11. August, vorm. 10 Uhr, nach Duisburg, Arbeiterheim, Seitenstraße 19, einberufen. Die Konferenz wird aus allen Industriebezirken Deutschlands besetzt sein. Eine Reihe von Reichstagsabgeordneten aus industriellen Wahlkreisen sind eingeladen, ebenso die königl. Gewerbeinspektion. Die Konferenz soll eine nachdrückliche Kundgebung für den Ausbau des gesetzlichen Arbeiterschutzes in der Großeisenindustrie darstellen. Unser christlicher Metallarbeiterverband ist die erste Organisation gewesen, die nachdrücklich dieses Gebiet in Angriff nahm. Die dritte Generalversammlung unseres Verbandes, die 1904 in Offenbach stattfand, richtete schon eine Eingabe an die gesetzgebenden Körperschaften, worin gesetzliche Maßnahmen zu Gunsten der Arbeiter in den Hütten- und Walzwerken als dringend notwendig verlangt wurden. Die bevorstehende Konferenz wird diese Aktion weiter verfolgen und deshalb für die Hütten- und Walzwerksarbeiter von großer Bedeutung sein. Ueber die Lage der Arbeiter in der Schwerindustrie wird der Verbandsvorsitzende Kollege Wieser und über die parlamentarische Aktion der Reichstagsabg. Kollege Giesberts referieren. — Der christliche Metallarbeiterverband beweist durch seine fortwährende Arbeit zu Gunsten der Hütten- und Walzwerksarbeiter, daß er es Ernst nimmt mit der Vertretung deren Interessen und es ist deshalb auch die Pflicht der betreffenden Arbeiter, daß sie durch zahlreichem Anschluß an unsere Organisation diese Tätigkeit zu ihrem Besten nachdrücklich unterstützen.

Bekanntmachung.

In der Privatklage 1) Chatelet Clemens, Fabrik-Schlosser 2) Schwinger Wilhelm, Eisenbreher 3) Vogel Hans, Magaziner 4) Drentwett Friedrich, Maschinenschlosser 5) Etteglitz Georg, Mechaniker 6) Graf Jakob, Schneider 7) Kaiser Raimund, Schlosser 8) Schmarz

Georg, Schmied 9) Groppe Wilhelm, Eisenleger, sämtliche in Augsburg gegen 1) Bergmann Johann, Redakteur der Zeitung „Der Deutsche Metallarbeiter“ in Duisburg, 2) Köhling Wilhelm, Redakteur der Textilarbeiterzeitung in Düsseldorf, 3) Simon Georg, Redakteur der Schwäbischen Volkszeitung in Augsburg wegen Verleumdung hat das Schöffengericht Augsburg, in seiner öffentlichen Sitzung vom 1. Juli 1907, nach gepflogener Hauptverhandlung zu Recht erkannt, wie folgt: 1. Das Verfahren in der Richtung des Privatklägers Clemens Chatelet gegen den Angeklagten Georg Simon wird unter Ueberbürdung etwaiger ausschließbarer Kosten auf 25. Januar 1872 in Augsburg, bez. dortselbst, protest., verh., Redakteur in Augsburg, Bergmann Johann, verh., Redakteur in Duisburg, Köhling Wilhelm, Redakteur in Düsseldorf sind schuldig, Simon achtrechtlich zusammenfassender und Bergmann und Köhling je neunrechtlich zusammenfassender Vergehen der Verleumdung und werden hiewegen je in eine Geldstrafe von zehn Mark je umgewandelt für den Fall der Uneinbringlichkeit in eine Gefängnisstrafe von zwei Tagen verurteilt. 3. Die Angeklagten Simon, Bergmann und Köhling haben, soweit nicht unter 1 anders verfügt ist, die Kosten des Verfahrens zu tragen. 4. Den Privatklägern wird die Befugnis zugesprochen, nach Rechtskraft des Urteils den verfügbaren, die Verurteilung der Angeklagten treffenden Teil des Urteils binnen einer Woche nach Zustellung einer Urteilsausfertigung an sie durch je einmaliges Einrücken in der „Schwäbischen Volkszeitung“, den „Deutschen Metallarbeiter“, die „Textilarbeiterzeitung“, die „Neue Augsburger Zeitung“ und die „Augsburger Neueste Nachrichten“ auf Kosten der Angeklagten öffentlich bekannt zu geben. Vorstehendes Urteil hat die Rechtskraft beschränkt. Augsburg, den 30. Juli 1907. Der Vertreter der Privatkläger Rechtsanwalt Meiser.

Soziale Rechtspredung.

Tarifvertrag und freie Vereinbarung des Arbeitslohnes.

Eine prinzipiell wichtige Entscheidung fällt am 10. Juli das Ludwigsbafener Gewerbegericht, indem es die Frage, ob neben einem Tarifvertrage noch freie Vereinbarung eines geringeren, als des im Tarif-Vertrage festgesetzten Minimallohnes zulässig sei, verneinte. Ein dortiger Schreinermeister, der den Tarif des Holzarbeiterverbandes anerkannt hat, vereinbarte mit einem 19jähr. Schreiner, dessen Leistungen ihm minderwertig zu sein erschienen, einen Stundenlohn von 35 Pfg., während der Minimallohn nach dem Tarif 40 Pfg. beträgt. Der Schreiner war anfangs damit zufrieden, am 2. Jahrtage jedoch begehrte er auf Grund des Tarifs Nachzahlung von 5 Pfennig für die Stunde. Der Beklagte wurde zu dieser Nachzahlung verurteilt. In der Begründung heißt es: Beklagter hat den Tarif anerkannt und ist demselben sonach in allen seinen Teilen unterworfen. In demselben ist für Arbeiter unter 20 Jahren, wie Kläger, ein Minimalstundenlohn von 40 Pfg. festgesetzt, während ein Maximallohn nicht vorgesehen ist. Durch Festsetzung eines Minimallohnes sollte zweifellos auch den minderwertigen Arbeitern mindestens die Erreichung einer gewissen Lohnhöhe zugesichert werden, während nach oben dem Arbeitgeber freisteht, den Lohn je nach Leistung festzusetzen. Das Gericht ist der Anschauung, daß der festgesetzte Minimallohn der niedrigste vertraglich zulässige Betrag ist, den der Arbeitgeber zu zahlen verpflichtet ist. Eine Vereinbarung auf einen noch geringeren Lohnsatz, wie im gegebenen Fall, verstößt gegen die guten Sitten, da sie die für beide Teile geltenden und von ihnen gewollten günstigen Wirkungen eines Tarifvertrages auf einem Umwege wieder hinsällig machen würde. Denn die Absichten bei Abschluß eines Tarifvertrages gipfeln darin, beiden Parteien durch Festsetzung eines Minimallohnes und sonstiger Arbeitsbedingungen eine Gewähr für Aufrechterhaltung des gewerblichen Friedens und stetiger Arbeitsverhältnisse zu bieten.

Streiks und Lohnbewegungen.

Tarifvertrag im Bremer Schmiedegewerbe.

Zwischen der Schmiede-Zunft zu Bremen einerseits und dem Gesellenausschusse und dem Vorstand des Schmiedeverbandes und dem Vorlande des christl.-soz. Metallarbeiterverbandes andererseits, wurde heute nachstehendes vereinbart und abgeschlossen:

1. Arbeitszeit.

Die Arbeitszeit wird auf 9 1/2 Stunden festgesetzt und zwar von morgens 6 1/2 Uhr bis abends 6 Uhr, einschließl. einer halbstündigen Frühstücks- und einer 1 1/2stündigen Mittagspause.

2. Lohn.

- a) Zu den derzeitig bestehenden Löhnen, welche in Folge der Einführung der 9 1/2stündigen Arbeitszeit nicht herabgesetzt werden dürfen, wird ein Lohnzuschlag von 5 pCt. gewährt.
 - b) Der Niedrigstlohn für jüngere Gesellen beträgt mindestens 35 Pfg. pro Stunde. Gesellen, deren Lohn, trotz des Lohnzuschlages von 5 pCt., vorstehenden Niedrigstlohn nicht erreichen, erhalten mindestens 35 Pfg. pro Stunde.
 - c) Die Lohnzahlung erfolgt pro Schluß der Arbeitszeit.
 - d) Ueberstunden dürfen nur in bringenden Fällen gemacht werden. Sind dieselben nicht zu vermeiden, so wird ein Lohnzuschlag von 1/3 der bestehenden Löhne gewährt. Jede Zeit, welche gearbeitet wird, muß bezahlt werden.
3. Der Arbeitsnachweis bleibt im Gewerbehaus. Nebensachen werden beseitigt.

4. Allgemeine Bedingungen.

- a) Gegenseitige Kündigung findet nicht statt. Beide Teile können das Arbeitsverhältnis jeden Tag lösen.
- b) In jeder Werkstatt muß ein Verbandskasten, dem Unfallgesetz entsprechend, mit dem nötigen Verbandszeug vorhanden sein, der Schirmmeister ist dafür verantwortlich; die Unkosten trägt der Arbeitgeber. Außerdem muß ein Kleiderschrank und eine richtig gehende Uhr in jeder Werkstatt vorhanden sein.
- c) Jeder Geselle ist verpflichtet, die Arbeitsstätte sowie das Werkzeug, welches ihm anvertraut ist, in bester Ordnung zu halten und nach jedem Gebrauch zu reinigen und an den richtigen Platz zu bringen. Auch hat jeder Geselle seinen Platz täglich kurz vor Feierabend rein zu machen. Jeder Geselle hat für das ihm gelieferte Werkzeug und Material selbst aufzukommen und wird ihm das etwa fehlende Werkzeug sowie das Material, welches er infolge der angenommenen Arbeit, welcher er nicht vorstehen kann, vorzüglich verbirbt oder verpfuscht, von seinem Lohn in Abzug gebracht.

5. Um ein friedliches Nebeneinanderarbeiten von Arbeitgebern und Arbeitnehmern zu ermöglichen und zur Beilegung von Streitigkeiten, welche durch diesen Vertrag entstehen sollten, wird eine Kommission von 10 Personen eingesetzt und zwar werden diese Personen je zur Hälfte von den oben genannten Vereinigungen gewählt. Den Vorsitz der Kommission führt der Vorsitzende der Schmiede-Zunftskommission zu Bremen. Ist in der Kommission eine Einigung über einen Punkt nicht zu erzielen, so soll der Vorsitzende des Gewerbegerichts, als Unparteilicher, den Vorsitz führen. Auf Verlangen der Kommission können je ein Vertreter des Zunftvorsitzes und des Zentralvorsitzes des Schmiedeverbandes an den Sitzungen teilnehmen.

Diese Kommission ist gleichzeitig zur Untersuchung aller zur Anzeige kommenden Ungehörigkeiten, welche eventuell von Schmiedemeistern begangen werden sollten, verpflichtet; z. B.: es darf auf keinen Fall in einer Werkstelle nach Feierabend für einen nicht ständigen Kunden gearbeitet werden und jede Ueberstunde soll laut § 2 richtig bezahlt werden.

6. Alle Beschwerden und Streitigkeiten, die aus diesem Vertrage im Gewerbe entstehen, sind an die Vorsitzenden der Verbände zu richten, welche dieselbe zu prüfen und wenn möglich direkt zu erledigen haben. Gelingt dieses nicht, so soll die Kommission zusammentreten und haben in diesem Falle die beiden Obmänner den Zeitpunkt des Zusammentritts zu vereinbaren. In den Sitzungen sind die streitenden Parteien zu hören. Alle Streitigkeiten im Gewerbe, welche zur ArbeitsEinstellung oder Aussperrung in einem Betriebe oder der ganzen Stadt führen könnten, sollen zunächst der Kommission unterbreitet werden. Wird von den Kommissionsmitgliedern ein Beschluß einstimmig gefaßt, so haben beide Verbände alles anzubieten, um denselben zur Durchführung zu bringen.

7. Verträge, welche vorstehendem zuwiderlaufen, sind ungültig.

8. Die beiden Parteien erklären sich gegenseitig ausdrücklich an, Streitigkeiten sollen denselben von beiden Seiten nicht vorgebracht werden.

9. Dieser Vertrag tritt am 15. Juli 1905 in Kraft und kann vor dem 15. April 1908 nicht gekündigt werden. Derselbe ist von diesem Datum ab nur am 15. April jeden Jahres kündbar und zwar mit vierwöchiger Kündigungsfrist. Erfolgt von keiner Seite Kündigung, so läuft der Vertrag ohne weiteres ein weiteres Jahr.

10. Diese Vereinbarungen gelten für alle Schmiedebetriebe in Bremen, in welchen Schmiedegesellen beschäftigt werden, also auch für die sogenannten Privatbetriebe, welche bis jetzt nicht einbezogen waren.

11. Dieser Vertrag ist in jeder Werkstelle sichtbar anzubringen.

Bremen, den 7. Juli 1905.
Für die Bremer Schmiede-Innung: Rob. Schwarz.
Für den Gesellenausschuß: R. Wetter.
Für den Vorstand des Schmiedeverbandes: R. Schaper.
Für den Vorstand des christl.-soz. Metallarbeiterverbandes: B. Schulte.

Dieser Tarifvertrag ist ein beachtenswerter Erfolg, den die Schmiedegehülfen ihrer Organisation zu verdanken haben. Nunmehr ist es auch ihre Pflicht, durch treues Festhalten und weiteren Ausbau der Organisation das Erreichte hochzuhalten und für die Durchführung des Tarifes Sorge zu tragen.

Die Aussperrung bei der Firma Goltmans in Dinklage

Ist mit Erfolg für die Arbeiter beendet. Acht Wochen hat der Kampf gedauert, ist auf beiden Seiten mit größter Hartnäckigkeit geführt worden, und es ist deshalb um so beachtenswerter, daß die Arbeiter erfolgreich aus demselben hervorgehen. Die Entstehung sowie Verlauf des Kampfes sind unsern Kollegen bekannt. Nachdem die beiden Vertreter des christlichen Metallarbeiter- und Holzarbeiterverbandes in Hamburg mit dem Sekretär des Arbeitgeberverbandes der Eisenindustrie Verhandlungen gehabt, wurde eine Grundlage geschaffen, auf der dann später in Dinklage die weiteren Verhandlungen mit der Firma gefördert werden konnten. Nach dreitägigen Verhandlungen wurde zunächst eine neue Arbeitsordnung durchgearbeitet und in derselben Bestimmungen über die Grundlöhne bei Neueinstellenden getroffen. Ebenso wurde die Vergütung für Ueberstunden auf 20 Prozent, bei Nachtarbeiten auf 50 Prozent, sowie Entschädigung beim Warten auf Material und bei Fehlgang festgelegt. Da sehr wenig in Lohn gearbeitet wird, ist das Hauptgewicht auf die Verbesserung der Akkordtarife für die einzelnen Berufszweige gelegt worden. Nach eingehender Beratung und unter Hinzuziehung der Meister der betreffenden Werkstättenabteilungen wurden die meisten Akkordsätze um 10 bis 30 Proz. erhöht. Die Kollegen gaben zu den getroffenen Vereinbarungen ihre Zustimmung, sodaß die Wiederaufnahme der Arbeit am Freitag, den 26. Juli, erfolgen konnte. Eine wichtige Lehre hat der Kampf sowohl für die Firma als auch für die beteiligten Arbeiter gezeitigt. Der Firma ist es nicht gelungen, die Arbeiterorganisationen durch irgend welche Maßnahme zu zerstören. Den beteiligten Arbeitern ist aus Neue zum Bewußtsein gebracht, daß ohne starke Organisationen keine Erfolge durchzusetzen sind. Sie werden dieserhalb die Organisation weiter ausbauen, um sich das Erreichte zu erhalten und für alle bevorstehenden Fälle gesichert zu sein.

Zur Beachtung. Bei allen Lohnbewegungen ist jede Woche vor Verhandlungsschluß ein Bericht, wenn auch nur per Postkarte, über den Stand der Bewegung einzusenden; andernfalls fällt die Warnung vor dem Bezug fort.

Werdohl. Bei der Firma Goltmann u. Comp. stehen die Arbeiter im Streik.

Barmen. Die Klempnergeschlosser stehen im Streik resp. in Aussperrung.

Gelsenkirchen. Ueber die Dreherei und Schlosserei der Firma Gussstahl- und Eisenwerke vorm. Münscheid & Comp. ist die Sperre verhängt.

Die Klempnergehülfen stehen in einer Tarifbewegung.

Magdeburg. Die Klempnergehülfen streiken.

Dortmund. Die Klempnergehülfen stehen im Streik.

Ahlen. In ten Westfälischen Stanz- u. Emaillewerken Differenzen wegen Maßregelung.

Köln. Ueber die Firma Fritz Gielow, Köln-Braunsfeld, Kunst- und Bauischlosserei, ist die Sperre verhängt.

Hilfburg. Die Arbeiter der Hülburger Hütte, Maschinenfabrik und Eisengießerei, sind in eine Lohnbewegung eingetreten.

Hannover-Linden. Die Bauischlosser stehen im Streik.

Lampertheim. Die Arbeiter der Südbayerischen Drahtindustrie Waldhof stehen in einer Lohnbewegung.

Oberhausen (Rhld.) Ueber das Zinkhüttenwalzwerk Bielle-Montagne ist die Sperre verhängt.

Hamm. Stanz- und Emaillewerke J. H. Kerzmann Differenzen ausgebrochen.

Hamburg. Streik der Schmiede. — Die Schlosser stehen in einer Lohnbewegung.

Friedenthal (Siegenkreis). Bei der Firma Linden & Comp., Abteilung Solingen, sind sämtliche organisierten Kollegen ausgesperrt.

Borz (am Rhein). Auf der Adelenhütte sind Differenzen infolge schlechter Behandlung und sonstiger Mißstände ausgebrochen. Sämtliche Former stehen in Bewegung.

Mannheim. Die Bauischlosser der Firma Lang stehen im Streik.

Frankfurt a. M. Die Kunst- und Bauischlosser befinden sich in einer Tarifbewegung.

Essen. Die Klempnergehülfen stehen in einer Lohnbewegung.

Düsseldorf. Die Klempnergehülfen stehen in einer Tarifbewegung. Bezug ist fernzuhalten.

Bekanntmachung.

Da die Beiträge immer für die kommende Woche im Voraus zahlbar sind, so ist für Sonntag, den 11. August der dreißigste Wochenbeitrag für die Zeit vom 11. bis 18. August 1907 fällig.

Die Ortsgruppen Göttingen und Böhrenbach erhalten hiermit die Genehmigung zur Erhebung eines Lokalbeitrages von 10 Pfennig wöchentlich.

Die Nichtbezahlung hat die Entziehung statutarischer Rechte zur Folge.

Den Beitragspäckchen an die einzelnen Ortsgruppen liegen dieses Mal ein Zirkular an die Vorstandsmitglieder der Ortsgruppen und eine Anzahl Mitgliederlisten bei. Zirkular und Listen sind sofort dem Vorsitzenden der Ortsgruppe zu übergeben. Der Vorsitzende hat die Anfertigung der Listen zu veranlassen, damit spätestens innerhalb zwei Wochen von jeder Ortsgruppe das Mitgliederverzeichnis der Zentrale eingekandt wird.

Die Aufnahmescheine von den dem Verbande beitretenden Mitgliedern, auch von den aus anderen Organisationen übertretenden, sind von jetzt ab genau ausgefüllt, vom Kassierer der Ortsgruppe aufzubewahren und bei der Quartalsabrechnung mit einzusenden. Die Kassierer mögen dieses von jetzt ab besonders beachten, um sich später unnötige Arbeit zu ersparen.

Die Ortsgruppenvorstände werden ersucht, den Betrag für die von der Zentrale erhaltenen Protokolle der Nachener Generalversammlung jetzt einzusenden, wo es noch nicht geschehen ist. — Gleichzeitig wird noch einmal auf den Verleß der Protokolle aufmerksam gemacht. In Anbetracht der Wichtigkeit desselben soll es in der Hand eines jeden Mitgliedes sein.

Aus dem Verbandsgebiet.

Schwelm. Das Gegenflugblatt der Direktion vom Eisenwerk Schwelm, Abteilung Bümppchen, bedarf noch einer weiteren Widerlegung. Der Herr Direktor Hengstenberg verwehrt sich dagegen, daß die Löhne in der guten Konjunktur nicht wieder aufgebessert worden seien. Es mag zugegeben werden — das war auch in unserem ersten Artikel garnicht bestritten — daß der Lohn nach der schlechten Konjunktur etwas gestiegen ist, aber noch lange nicht in dem Maße, wie der Prozentsatz ausfallen mußte. Bei der „schrittweisen“ Lohnerhöhung der gering bezahlten Nicht-Akkordarbeiter, ist heute noch zu verzeichnen, daß Arbeiter, auch langjährige, erk einen Lohn von 2.40—2.80 Mk. verdienen, besonders die Scherenarbeiter, Kohlenabläder, Handlanger und Tagelöhner. Noch in allerletzter Zeit sind Gesuche von jähriger Arbeiter um eine Lohnaufbesserung schroff abgewiesen worden und da will der Herr Direktor Hengstenberg mit seinem christlichen Verhalten prahlen.

Daß die Beständigkeitsprämie Bessall gefunden glaubt Herr Direktor Hengstenberg, mit einigen wenigen Ausnahmen, nur für seine Person, denn sehr viele junge Arbeiter haben sich von der Prämie nicht festhalten lassen, sondern sind gegangen. Hätten diese jungen Leute einen guten Lohn bekommen, so würden wohl die meisten auf dem Werk geblieben sein, aber so ließen die Arbeiter sich nicht auf die Prämie verlassen und gingen dahin, wo sie mehr verdienen. Daß die Einführung der Feuerprämie mit 10 Prozent des Akkordlohnes, von Herrn Direktor Hengstenberg auch als „christlich“ bezeichnet wird, nimmt uns weiter nicht Wunder, aber wenn es darum zu tun war, die Arbeiter wegen ihrer schweren Arbeit besonders zu belohnen, warum wurde die Prämie dann nicht vor der Eingabe des christlich-sozialen Metallarbeiterverbandes eingeführt? Jedenfalls war es dem Herrn Direktor nicht um die Arbeiter, sondern nur um die regelmäßige Fortführung des Betriebes zu tun.

Am 23. Oktober werden nach Angabe des Herrn Direktor Hengstenberg 60000 Mk. als Anteil am Gewinn unter die Schwelmer Arbeiter verteilt. Zu diesen 60000

Mark sind die Arbeiter des Werkes Schwelm-Bümppchen, das Eisenwalzwerk und die Naderfabrik Haffelt beteiligt. Auf jeden Fall haben die Arbeiter diesen Gewinnanteil schon längst verdient und würde als verdienter Lohn und im Laufe des Jahres an den Lohntagen ausgezahlt, kaum in die Augen springen. Mit der Doppelsicht mögen einige Arbeiter zufrieden sein, die Mehrzahl der Arbeiter ist es nicht, da für die Arbeiter ja doch nichts dabei herauskommt.

Wir glauben dem Herrn Direktor Hengstenberg, daß streng befohlen ist, Sonntags morgens den Betrieb vor 6 Uhr einzustellen, damit ist aber noch lange nicht bewiesen, daß an Sonntagen nicht länger als bis 6 Uhr gearbeitet wurde. Hat der Herr Direktor denn auch an Sonntagen, wo bis 8 1/2 Uhr gearbeitet wurde, die Arbeiter gefragt, ob die Arbeit vor 6 Uhr eingestellt war? Daß der Obermeister Linke das Vertrauen des Herrn Direktor besitzt, glauben wir, ohne daß es noch extra versichert wird. Im vorigen Winter trug ein Obermeister auf dem Werke einen Gummischlauch nach, warum, mag der Herr Direktor untersuchen, die Arbeiter wissen es.

Wenn der Herr Direktor Hengstenberg glaubt, der Schreiber des Heftartikels hätte seine Kenntnis von einem recht dummen Arbeiter, so ist er gewaltig im Irrtum. Der Arbeiter war nicht so dumm, daß er nicht sah, daß die Waschanstalt und Aborte nicht in Ordnung waren. Er war aber wohl so klug, daß er sah, daß mit dem 20. Juli die Waschanstalt und Aborte in Ordnung gebracht wurden. Als aufmerksamer Leser des Deutschen Metallarbeiter hat die Werksleitung den Artikel gelesen und sofort die Instandsetzung angeordnet. Jedenfalls muß Herr Direktor Hengstenberg aber seine Arbeiter für sehr dumm einschätzen, wenn er denen glauben machen will, Waschanstalt und Aborte hätten sich vorher in Ordnung befunden, wo sich jeder vom Gegenteil überzeugt hat.

Zum Schlußpassus im „Gegenflut“ wollen wir noch bemerken, daß der christliche Metallarbeiterverband wohl einen Einfluß auf die Löhne der Arbeiter in den, dem Herrn Direktor Hengstenberg unterstellten Werken erlangt hat, denn die von demselben angeführten höheren Löhne und Prämien sind erst eingeführt worden, als der christlich-soziale Metallarbeiterverband an dem alten System gerüttelt und die Firma an ihre Pflicht erinnert hat. Die Waschanstalt und Aborte sind wieder einmal in Stand gesetzt worden, als der christlich-soziale Metallarbeiterverband die Zustände kritisiert hat. Daß wir Einfluß haben, wird Herr Direktor Hengstenberg nicht mehr abstreiten können. Und dieser Einfluß wird umso größer und nachdrücklicher werden, je zahlreicher die Arbeiter ihre Pflicht erkennen und von ihrem Koalitionsrecht Gebrauch machen. Darum ihr Arbeiter von Schwelm! Eineln in den christlich-sozialen Metallarbeiterverband!

Schwelm. In unserem, mit Industrie reich gesegneten Städtchen sollte man, gemäß der großen Zahl der Unorganisierten wohl annehmen, daß hier die rosigsten Verhältnisse herrschen. Ob dieses aber wirklich der Fall ist, das ist eine andere Frage. Die Mehrzahl der Arbeiter findet ihren Verdienst in der Metallindustrie. Die Lohn- und Arbeitsbedingungen sind hier geradezu ungenügend. Es gibt wohl selten eine Stadt, wo den Arbeitern die Rechte so beschnitten werden, als bei den Schwelmer Metallindustriellen.

Freier Arbeitsvertrag? O Jammer, wo ist der? Hier haben die Arbeiter überhaupt nicht mitzusprechen bei Festlegung der Lohn- und Arbeitsbedingungen. Wenn hier z. B. ein Arbeiter seine Stellung aus irgend einem Grunde verlassen muß, dann ist er gezwungen, den Staub von seinen Füßen zu schütteln und in den Nachbarstädten Arbeit zu suchen. Es besteht nämlich unter den einzelnen Fabrikanten ein gewisses Abkommen, welches dahin lautet, daß einer von den andern keine Arbeiter einstellen darf, es sei denn, daß der betreffende ein Jahr außerhalb gearbeitet hat. Ganz besonders können sich die beiden Holzschraubenfabriken darin rühmen, die Arbeiter an ihre Betriebe fesseln zu wollen, hier kommt keiner zur andern Fabrik hin. Aber auch sonst herrschen in diesen Betrieben Mißstände, die absolut der Abhilfe bedürfen. Die Löhne, die Behandlung, die Maßnahmen zum Schutze der Gesundheit sind hier sehr verbesserungsbedürftig, die Arbeiter aber haben vermöge ihrer Denkfähigkeit den einzigen Weg zur Beseitigung dieser Mißstände bis heute noch nicht gefunden. Der Lohn für Maschinensteller ist in den vier Holzschraubenfabriken in Schwelm und Umgegend so verschieden, daß man glauben sollte, den Stellern würden endlich die Augen aufgehen. Die Firma Falkenroth, Klein u. Cie. zahlt z. B. einen Stellerlohn bis zu 4,10 Mk., dagegen die Westfälische Holzschraubenfabrik bis zu 5 Mk., in Milspe und Altenvörde werden sogar bis zu 5,50 Mk. bezahlt. Daß die Herren Holzschraubenfabrikanten aber alle gleiche Preise für ihre Ware durch den Holzschraubenring erhalten, daran denken die Arbeiter nicht und dieser Ring ist auf weitere 5 Jahre geschlossen.

Mit den Arbeiterinnen geht es nichts besser, auch bei denen schwankt der Lohn zwischen 1.50 Mk. und 2.50 Mk. Um die Arbeiter weiter in der Dummheit zu halten, hat man ein sogenanntes Affordsystem eingeführt. Die Arbeiter haben durch dieses System sich gehörig an der Nase herumführen lassen. Denn der Arbeiter, der gehörig geschuftet und gehofft hat, jetzt bekomme er einen schönen Afford ausbezahlt, muß am Lohnschluß sehen, daß er so und soviel hundert oder sogar tausend Groß zu wenig gemacht hat. Dagegen andere, die gar nicht an Afford gedacht haben, bekommen welchen. Man kann also ruhig sagen, daß durch dieses System der Reib unter den Arbeitern künstlich gezüchtet wird. Der Hauptgewinn von dieser Mehrleistung fließt in die Taschen der Holzschraubenmagnaten.

Die Behandlung durch verschiedene Meister läßt auch oft sehr viel zu wünschen übrig. Denn tagtäglich werden Strafen für die geringsten Vergehen verhängt. Vabebereitungen sind auf diesen Werken böhmische Dörfer. Wie notwendig dieselben aber sind, daran wird nicht gedacht. Die Arbeiter, die an den Holz- und Mutterpressen beschäftigt sind, haben aber so unter der Einwirkung der Hitze und des Staubes zu leiden, daß es wirklich als selbstverständlich gelten müßte, daß dieselben den Schweiß und Schweiß am Abend abwaschen könnten. Infolge dieser Mißstände ist es ganz begreiflich, daß diese Werke stets unter Arbeitermangel zu leiden haben. Am Gewerbegericht scheint besonders die Firma Falkenroth und Klein abonniert zu sein, denn es vergeht fast kein Monat, wo nicht dieselbe verklagt ist, oder selbst geklagt hat.

Arbeiter der Holzschraubenfabriken von Schwelm und Umgegend! Wollt ihr diesen Schlenrian so weiter fortsetzen? Wollt ihr, daß man euch noch mehr eure Rechte beschneidet und noch länger bevormundet? Nein und abermals nein muß es bei euch lauten. Wir wollen endlich die Vertretung unserer Interessen selbst in die Hand nehmen. Und nun laßt es euch zu wiederholtem male sagen: nur durch den Eintritt in den christlichen Metallarbeiterverband ist es möglich, bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen dort zu schaffen. Arbeiter, ihr habt es in der Hand, mit dieser willkürlichen Machtherrschaft zu brechen, durch den Eintritt in den christlich-sozialen Metallarbeiterverband.

Duisburg. Das christliche Gewerkschaftskartell hatte am Sonntag, den 28. Juli zu einer öffentlichen Versammlung der Arbeiter aller Berufe eingeladen, die einen äußerst anregenden Verlauf nahm und auch zahlreich besucht war. Die Versammlung, die im Saale der „Flora“ zu Duisburg-Laar stattfand, wurde vom Kartellvorsitzenden Herzog eröffnet, der darauf hinwies, daß diese Versammlung aufs Neue dokumentieren solle, daß die christlich-nationale Arbeiterschaft eine energische Fortführung der Sozialreform von der Regierung erwarte.

Ueber die Forderungen, welche die Arbeiterschaft in dieser Frage an die Regierung zu stellen hat, verbreitete sich als Referent der Reichstagsabgeordnete Kollege Giesberts, M.-Gladbach, eingehend wies derselbe darauf hin, daß augenblicklich das sozialpolitische Barometer einen bedauerlichen Tiefstand zeige. Zwar seien, wie nie zuvor, bei der letzten Wahlbewegung seitens aller Parteien weitgehende sozialpolitische Versprechungen gemacht worden, ebenso lägen dem neuen Reichstag eine ganze Reihe von arbeiterfreundlichen Anträgen vor und auch die Regierung habe der Arbeiterbewegung durch den Mund des Grafen Posadowsky ihre Sympathie nicht ver sagt, aber der halb darauf erfolgte Abschluß dieses Mannes habe nur zu deutlich gezeigt, daß die Hoffnungen der organisierten Arbeiterschaft nicht so bald, wie man es erwartet, in Erfüllung gehen werden. Auch die nunmehr verschwundene Vorlage über die Rechtsfähigkeit der Berufsvereine zeige zur Genüge, welche ein Geist auch heute noch in den Kreisen der Regierung herrsche. Da sei es mehr denn je notwendig, daß die Arbeiterschaft ihre Stimme erhebe, daß sie geschlossen hinter denselben stehe, die im öffentlichen Leben, besonders im Reichstage, für ihre berechtigten Forderungen unermüdet eintreten. Und gerade die Arbeiterschaft des hiesigen Industriebezirks habe in dieser Beziehung die größten Pflichten. Ist es doch besonders die schwere Eisen- und Hüttenindustrie, deren Arbeitsverhältnisse in erster Linie eine eingehende Berücksichtigung erfordern. Während fast für alle kleineren Berufsgruppen seitens der Regierung Erhebungen über die Lage der in ihnen beschäftigten Arbeiter angestellt wurden, hatte man bisher vor der mächtigsten, der Eisenindustrie, merkwürdigerweise Halt gemacht, wahrscheinlich deshalb, weil dort auch die politisch einflussreichsten Großindustriellen ihren Sitz haben. Hier liegen keine amtlichen Erhebungen vor, man hatte nur einlaes Material, das von den Berufsorganisationen und besonders auch vom christlich-sozialen Metallarbeiterverband zur Verfügung gestellt wurde. Das könne jedoch durchaus nicht genügen, hier müßten durch das Statistische Amt als objektives Zeugnis

umfassende und eingehende Erhebungen und Untersuchungen über die Lage der in der schweren Hütten- und Eisenindustrie beschäftigten Arbeiter veranstaltet werden.

Die christlich-nationale Arbeiterschaft fordert deshalb zunächst Untersuchungen über die Krankheits- und Unfallursachen. Schon eine gesunde Volkswirtschaft verlangt, daß die jetzt kolossal gestiegene Unfallhäufigkeit, sowie die horrenden Krankheitsziffern durch geeignete Maßnahmen herabgemindert werden. Die Unfallziffern übertreffen heute in der schweren Eisenindustrie fast diejenigen im Bergbau, trotz aller technischen Fortschritte. Besonders in Schlesien sehe es geradezu bedenklich aus. Trotz alledem beschäftigt man bei dieser schweren Arbeit dort noch Tausende Frauen mit einem Tagelohn von 1,00 bis 1,50 Mk.

Hygienische Forderungen, namentlich in Bezug auf Einrichtung gesunderer Arbeitsräume und Schaffung besserer Wasch- und Badegelegenheit müssen sich den ersteren anschließen. Erhebungen über das, was jetzt in dieser Beziehung geschieht, würde, wie der Referent durch Beispiele anführte, geradezu unhaltbare Zustände ans Licht bringen.

Weiter sollen Auskünfte eingeholt werden über Arbeitszeit und die Zahl der Arbeitstagen. Dann würde auch einmal die bis heute in der breiten Öffentlichkeit noch viel zu wenig bekannte überlange Arbeitszeit der Kritik unterzogen werden können.

Daraus ergibt sich die vierte Forderung von selbst, nach welcher Erhebungen verlangt werden über die Einführung des Achtstundentages in den Hütten- und Walzwerken.

Schärfere Bestimmungen über die Durchführung der Sonntagsruhe seien dann die letzte Forderung. Bei einigermaßen gutem Willen sei es sehr wohl möglich, die Sonntagsruhe in viel größerem Maße, als es bisher geschieht, durchzuführen.

Bei Erhebung aller dieser Forderungen ist es aber durchaus nötig, auch hierbei möglichst viel Material und zwar einwandfreies, durchgearbeitetes, vorlegen zu können und da sei es wiederum der christlich-sozialen Metallarbeiterverband, der sich bemüht, dies durch weitgehende Umfragen zu beschaffen.

Die christlich-nationale Arbeiterschaft bedauert es lebhaft, daß ein Mann, der ein halbes Menschenalter sich in weitgehendster Weise bemüht hat, möglichst umfangreich öffentliches Material der Lage aller Berufsstände herbeizuschaffen, der einer der tüchtigsten Arbeiter auf diesem Gebiete war, der Staatssekretär „für Sozialpolitik“, Graf Posadowski, nunmehr von seinem Posten weichen mußte. Nicht seine Person sei gerührt, sondern seine fleißige, fruchtbringende Tätigkeit im Dienste der Allgemeinheit. Stehe er auch nicht mehr auf seinem Posten, so gelte es gerade jetzt mit den Forderungen nicht zurückzustehen. Jede Forderung der Führer müsse aber gedeckt sein durch Massen, die hinter ihnen stehen. Stärkung der gewerkschaftlichen Organisationen sei deshalb die größte Pflicht, besonders der christl.-nat. Arbeiterschaft. Statt einer willenlosen, indolenten Masse müßten es mehr mutvolle Agitatoren sein. Nicht nur dem Reichen sei Intelligenz und Verstand in die Wiege gelegt, sondern ebenso gut auch dem Arbeitsmann. Werken wir sie bei unseren christlichen Arbeitern, dann, so schloß Redner unter rauschendem Beifall der Versammlung, wird auch das demütigende Beugen unter eine ungerechte Macht ein Ende haben und auch für sie werden bessere Tage anbrechen.

In der anschließenden Diskussion wurden die Ausführungen des Referenten durch markante Beispiele unterstrichen. Der Vorsitzende unterbreitete der Versammlung nachstehende Resolution:

„Die heutige, besonders von Hochofen-, Hütten- und Walzwerksarbeitern besuchte Versammlung des christlichen Gewerkschaftskartells spricht die Erwartung aus, daß durch den Personenwechsel im Reichsamt des Innern kein Kurzwechsel in Bezug auf die energische Fortführung der Sozialreform bei der Reichsregierung stattfindet. Insbesondere erwartet die Versammlung baldige gesetzliche Maßnahmen zur Regelung der Arbeitszeit und Verbesserung der gesundheitlichen Verhältnisse in den Hochofen-, Hütten- und Walzwerksbetrieben.“

Versammlung erkennt aber auch weiter an, daß die Selbsthilfe, wie sie in den christlichen Gewerkschaften organisiert ist, für den Arbeiter eine unbedingte Notwendigkeit ist, um einerseits die gesetzliche Sozialreform zu fördern und die arbeiterfreundlichen Parteien in ihren sozialen Bestrebungen zu unterstützen, andererseits auf eine Verbesserung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse direkt einwirken zu können.

Es ist deshalb Pflicht aller christlichen Arbeiter, an der Ausbreitung der christl. Gewerkschaften zu arbeiten.“

Nach einstimmiger Annahme dieser Resolution wurde die Versammlung mit einem Hoch auf die christl. Gewerkschaftsbewegung geschlossen.

Pforzheim. Hier sind sich die feindlichen Brüder, die sozialdemokratischen und Hirsch-Duncker'schen Verbände ganz gewaltig in die Haare geraten. Sie zanken sich eigentlich um nichts, nämlich um die mehr wie bedeutungslose Gruppe sogenannter Lokalverbände. Diese hat sich gebildet aus ehemaligen Mitgliedern des sozialdemokratischen Metallarbeiterverbandes, als vor Jahresfrist der Kassierer W. genannten Verbandes mit der Kasse ausrückte und auch noch andere großen Uebelstände im freien Verband die Unzufriedenheit in den roten Reihen geschürt hatte. Da die Lokalisten aber ihre anfänglich großen Hoffnungen getäuscht sahen und nicht vorwärts kamen da suchten sie Schutz und Schirm bei den H.-D., wo sie selbstverständlich mit offenen Armen bewillkommen wurden. Das wurmte aber den Sozialisten und der Krach war fertig. In mehreren Versammlungen tobte der Bruderkrieg. Schilke, Gleichauf, Trabert, Borhölzer, Keizer und andere sozialdemokratischen und Hirsch-Duncker'schen Größen, 3. und 4. Güte ritten in die Arena, um den Gegner in den Sand zu rennen. In einer von den H.-D. einberufenen Versammlung am 15. Juli gab's einen Höllenpeppel, der zur Auflösung führte. Wie die Wilden in Afrika, so tobten die feindlichen Brüder gegeneinander. Ausdrücke wie „Schuft“, „Spitzbube“, „Lumpen“, „Bimäcker“ (Lokalausdruck für Pennbrüber, die bei Mutter Grün logieren) flogen nur so durch die Luft. Daß sie sich nicht gegenseitig die wertigen Häupter eingeschlagen haben, ist ein Wunder zu nennen.

Dieser Streit braucht uns nur soweit zu interessieren, als wir die lachenden Dritten sind, aber eine Aeußerung des Genossen Steinmeyer, vom sozialdemokr. Verband, in einer dieser Krachversammlungen verdient eine öffentliche Zurückweisung. In der Polemik mit den H.-D. sagte Steinmeyer auch unter anderem: „Bei der vorigen jährigen Bewegung der Gold- und Silberarbeiter sind die Arbeitgeber nach den Verhandlungen im Kaiserhof, von selbst davon abgekommen, die damaligen Lokalverbände und die Christlichen noch weiter zu Verhandlungen beizuziehen, weil sie eingesehen haben, daß dieselben die geistigen Fähigkeiten nicht besitzen zum Verhandeln“. Kollege Rubin von unserem Verband half dann dem schwachen Gedächtnis des Genossen Steinmeyer etwas nach, indem er unter anderem ausführte, daß bei den Verhandlungen im Kaiserhof, die christlichen Arbeitervertreter vollaus ihre Pflicht erfüllt hätten und daß auch die Vertreter des Deutschen Metallarbeiterverbandes, verschiedenlich sich mit den Christlichen verständigt hätten und daß die Christlichen erjucht wurden, mit den „Freien“ als Termin für die Einführung der Abmachungen für den 1. September, statt 1. Oktober, wie die Arbeitgeber es wollten, zu stimmen. Dadurch wurde erreicht, daß die Abmachungen am 15. September in Kraft traten. Wenn dann die Arbeitgeber von selbst? davon abkamen, die Christlichen noch weiter zu Verhandlungen beizuziehen und ihnen auch die Unterchrist zu den Abmachungen versagten, die den Christlichen wie den „Freien“ im Kaiserhof zugesagt wurde, so hätten sie dies sicher nicht getan, weil sie die Christlichen für weniger befähigt hielten wie die „Freien“, sondern um ihnen den ersten Lieb zu versehen für ihr Verhalten in der Lohnbewegung. Es hat doch ein hiesiger Fabrikant nach der Lohnbewegung den Ausdruck getan, daß man in Arbeitgeberkreisen etwas ganz anderes von den Christlichen erwartet hätte. Wir sollten jedenfalls die Klauselher machen. Kollege Frank wies darauf die Unterstellung der geistigen Unfähigkeit energisch zurück und verlangte, daß Genosse Steinmeyer die Beleidigung zurücknehme. Steinmeyer bequeme sich dann auch nach einigem Sträuben zu sagen: „Ich habe die Christlichen nicht gemeint mit dem Ausdruck, sondern nur die Lokalverbände“.

Die Sache verhält sich demnach wesentlich anders, wie es in der sozialdemokratischen Metallarbeiterzeitung, Nr. 30, dargestellt wird. Mögen die Genossen in Zukunft bei der Wahrheit bleiben, insbesondere da sie mehr wie Ursache genug haben, vor der eigenen Türe zu fegen, statt sich unnötigerweise an den christlich organisierten Arbeitern zu reiben.

Christlich gesinnte Metallarbeiter von Pforzheim und Umgebung! Seht euch einmal das wirre Durcheinander im gegnerischen Lager an. Wird dort die Organisation nicht zum Gespött der Menschen herunter gewürdigt? Deshalb hinaus aus diesen Verbänden, wo die Herrschaft der Führer und ihr Mitgliederhunger rücksichtslos über die Arbeiterinteressen gestellt werden. Schließt euch zahlreich dem christlichen Metallarbeiterverband an, wo eure Interessen jederzeit eine ehrliche und energische Vertretung haben.

Homburg-Varop. Unsere letzte gut besuchte Mitgliederversammlung beschäftigte sich mit dem Aufschluß unserer Zahlstelle an Dortmund und weiter mit der Beitragserschließung auf 60 Mk. pro Woche. Nach einem

Kurzgefasstes Referat des Bezirksleiters über diese Punkte, sowie einer lebhaften Diskussion, wurden beide angenommen. Die Angliederung an Dortmund tritt mit dem 1. Juli und der 60 Pfg.-Wochenbeitrag, der bis jetzt schon von einigen Kollegen freiwillig geleistet wurde, tritt mit dem 1. August in Kraft. Kollegen, sind wir hier auch noch klein an Zahl, einen guten Schritt haben wir wieder vorwärts gemacht. Gleich, wie viele Bäche sich vereinigen und dadurch den gewaltigen Strom bilden, so auch in der Gewerkschaftsbewegung. Je enger sich die einzelnen Zahlstellen zusammenschließen, eine desto erfolgreichere Tätigkeit läßt sich entfalten. Auch die Beitragserhöhung war eine dringende Notwendigkeit. Fast alle Zahlstellen unseres Verbandes haben den 60 Pfg.-Beitrag eingeführt. Sollen wir zurückstehen? Der sozial. Metallarbeiterverband hat auf seiner letzten Generalversammlung beschlossen, den Verbandsbeitrag wieder zu erhöhen. Die Folge ist, daß mit Lokalbeitrag dort 70 Pfg. und mehr pro Woche bezahlt werden. Verdienen denn die Mitglieder des sozial. Metallarbeiterverbandes mehr wie wir? Sollen wir uns an Opferwilligkeit von ihnen übertreffen lassen? Nein, niemals!

Die Krise im Wirtschaftsleben fängt schon an, sich bemerkbar zu machen. Soll es dann wieder so gehen wie in früheren Jahren, wo tausende von Kollegen außer Arbeit waren und den noch in Arbeit stehenden, durch billiges Anbieten ihrer Arbeitskraft Konkurrenz machten? Kollegen, nur durch Stärkung unserer Kriegskasse, unseres Verbandsvermögens, schaffen wir uns auch für den Fall der Krise günstigere Positionen. Der organisierte arbeitslose Kollege wird durch die Arbeitslosenunterstützung über Wasser gehalten, er braucht nicht seinen Arbeitsbrüdern in den Rücken zu fallen. Wodurch ist es den Maurern, den Bauarbeitern und den Buchdruckern möglich gewesen, sich einigermaßen den heutigen Verhältnissen entsprechende Löhne zu erringen, hinter denen wir Metallarbeiter zum Teil noch weit zurückstehen? Nur durch ihren Opferfinn. Dort werden Beiträge von 80 Pfg. bis 1,40 Mk. pro Woche bezahlt. Dieses hat sie zu ihren Erfolgen geführt. Darum Kollegen wollen auch wir nicht zurückstehen, getreu dem Wahlspruch: „Vorwärts immer, rückwärts nimmer“.

Todtnau i. B. Wenn man die Gleichgültigkeit der Metallarbeiter am hiesigen Orte betrachtet, könnte man glauben, in Todtnau seien die Verhältnisse so rosig, daß man überhaupt keine Organisation brauche. Bleibt man aber die Fragebogen, welche von Kollegen unserer Ortsgruppe, die seit März bis. Jz. hier besteht, ausgefüllt worden sind, so kommt man zu einem ganz anderen Resultat. Gibt es doch hier noch Werkstätten, wo überhaupt keine Wassereinrichtung vorhanden ist; im Sommer waschen sich die Kollegen im Fabrikkanal, im Winter haben alle Arbeiter zusammen (durchschnittlich 8 Mann) nur einen Eimer und diesen hätten sie nicht, wenn ihn die Kollegen nicht selbst mitgebracht hätten. Dann gibt's Werkstätten, wo den ganzen Tag 2-3 Schmirgelscheiben laufen, aber bis dato ohne die geringste Staubabsauge-Vorrichtung. Auch die Bedürfnisaufhalten lassen zu wünschen übrig. Ein Hauptbedürfnis zur Abhilfe ist aber besonders, die hier noch allgemein übliche lange Arbeitszeit von 11 1/2 Stunden, sowie in einzelnen Geschäften, das lange Warten auf den Lohn am Lohnungstage. Trotz alledem denken aber wenige an die Beseitigung dieser Mißstände, auch nicht die H.-D. organisierten Kollegen, die schon seit 1901 eine Zahlstelle hier am Orte haben. Seit ihrem Bestehen bis zur Gründung unserer Ortsgruppe haben dieselben in aller Ruhe geschlafen, jetzt, da der christl.-soz. Metallarbeiter-Verband einsetzt, suchen sie schnell noch zu retten, was zu retten ist, aber zu spät. Drohungen, wie sie von einem H.-D. Kollegen gebraucht wurden, (z. B.: Wenn du in den christlichen Metallarbeiterverband gehst, haue ich dir an die Ohren) werden nicht mehr imstande sein, unsere Bestrebungen aufzuhalten, wohl aber sind schon vier frühere Mitglieder der H.-D. jetzt unserem Verbands beigetreten. Daß unsere Ortsgruppe sich aber die Besserung der hiesigen Verhältnisse angelegen sein lassen wird, zeigt sich schon aus der Opferwilligkeit ihrer Mitglieder, indem in der Mitgliederversammlung vom 16. Juni bis. Jz. einstimmig der 60 Pfg.-Beitrag beschlossen wurde. Nun Kollegen, ruhet nicht, sondern sei jeder einzelne recht tätig in der Agitation, bis der letzte Metallarbeiter am hiesigen Orte sich bewußt ist, daß nur der Beitritt zum christlichen Metallarbeiterverband es ermöglicht, die Verhältnisse zu bessern und die vorhandenen Mißstände zu beseitigen.

Literarisches.

Wegweiser zum häuslichen Glück. Praktischer Leitfaden des Haushaltsunterrichts für Jungfrauen. Herausgegeben von einer Kommission des Ver-

bandes Arbeiterwohl. Neue Ausgabe, 201-220 Tausend 1907, 270 S. in gr. 16°, Preis kartoniert 75 Pfg., Porto 10 Pfg. Der „Wegweiser zum häuslichen Glück“ hat in seiner neuen Ausgabe mit dem dritten Hunderttausend eine gänzliche Umarbeitung erfahren und ist inhaltlich gegen die früheren Auflagen um die Hälfte erweitert worden. Die Wohnung, Kleidung, Nahrung, Buchführung, Gesundheitspflege umfassenden ersten sechs Teile wurden wesentlich erweitert und dem heutigen Stande des Haushaltungswezens entsprechend umgestaltet. Im 7. Teile sind Belehrungen über die Anlage und Bestellung des Hausgartens und über die Kleinviehzucht hinzugekommen. Neu ist auch der 8. Teil, der in knappster Form die Grundzüge des Volkswirtschaftswezens Belehrung über die Haft- und Schadenerschaftpflicht über das Armenrecht, über Arbeitsvertrag, Lehrvertrag, Gewerbegericht und andere soziale Warnungen und Ratsschläge gibt. — Dank würden die Verfasser ernten, wenn sie bei einer späteren Neuauflage, auch die Notwendigkeit der modernen Arbeiterbewegung betonen und so die zukünftigen Arbeiterfrauen in die soziale Gedankenwelt einführen würden. Zum häuslichen Glück gehört auch dieses. — Der Verband „Arbeiterwohl“, der 1881 mit der Herausgabe von Schriften über das häusliche Glück begann, darf sich Verdienste um das hauswirtschaftliche Bildungswezen zuschreiben. Möge die neue Ausgabe des „Wegweisers“ der neueren Zeit angepaßt, als Leitfaden des Haushaltungsunterrichtes in Vereinen, Instituten, nicht zuletzt in der Familie selbst, großen neuen Segen stiften.

Briefkasten.

Nach Eppstein. Jawohl, die neuen Plakate sind fertig zum aufhängen. Sonstige Kosten sind mithin nicht mehr nötig. — Einigen anderen Anfragern sei hier dann gleichzeitig mitgeteilt, daß es ermäßigte Preise nicht gibt, auch nicht bei größeren Bezügen, da die Selbstkosten des vorzüglich ausgeführten Plakates eben so hoch sind, daß sie billiger wie 60 Pfg. pro Stück nicht abgegeben werden können. — Nach Höchst a. M. Daß die „Schlosser-Zeitung“ die Interessen der Unternehmer vertritt, braucht Dich nicht weiter zu wundern. Wenn es noch Gefellen gibt, die das Blatt unterstützen, so ist es deren Sache, aber den denkenden Kollegen schwer begreiflich. Die christlichen Schlossergefellen haben ihre Vertretung im „Deutschen Metallarbeiter“, dem Organ unseres christlichen Metallarbeiterverbandes.

Gelbeingänge bei der Hauptkasse im Monat Juli.

- Schwartzau 76,28 Rulbach 80, — Interföhen 448,77 Gierneheim 47,60 Fürtz 95,49 Sommer 72,05 Erlangen 44,50 Siegnitz 11,25 Schwenningen 86,47 Albstätt 46,95 Gmünd 800, — Amern 387,26 Brebach 3500, — Teublitz 120,65 Todtnau 56,95 Landau 30, — Heidenheim 75, — Niederstadeln 4,52 Eßling 7,58 Eßlingen 172,77 Jülich 34,55 Weinheim 37,18 Recklinghausen 9,80 Nemscheid 131,25 Geislingen 100,94 Hanau 58,35 Mülhausen i. Rh. 63,94 Bremerhafen 35,75 Stolberg 30, — Riederan 11,87 Zweibrücken 20,65 Dülken 97,27 Jüngerthorff 132,25 Landfeld 2,70 Schwelm 300, — Billingen 52, — Trüben 5,60 Reigels 80,70 Neumarkt 37,60 Schwerin 15,70 Cuxen 126,77 Eilenburg 63, — Olpe 173,31 Zültingen 65,91 Erteln 38, — Roggen 122,84 Eulbach 467,57 Fallau 413,26 Kollfeld 632,89 Jersohn 157,18 Dinklage 662,68 Baals 193,97 Augsburg 586,56 Reisen 59,50 Eisingen 56,10 Forbach 49,93 Buchscheid 399,53 Neirath 59,45 St. Louis 27,27 Markt-Redwitz 87,50 Hammerau 50,68 Eilendorf 772,95 Braunschweig 94,27 Ravensburg 120,25 Landfeld 47,25 Berlin 1120,94 Heidelberg 235,67 Rheine 177,02 Reife 53,71 Bietlich 62,89 Bromberg 52,54 Raßau 48,72 Warendorf 190,15 Beldorf 46,45 Albstätt 3,10 Hanau 16, — Bruchsal 106,85 Eilenau 11,80 Furzwangen 417,35 Pforzheim 666,02 Verleutenheide 452,95 Ditz 147,20 Brand 306,67 Straubing 87,40 Allendorf 55,20 Niederleis 28,12 Siegburg 12, — Oberhausen 619,87 Rünster 234,75 Graudenz 114,22 Lindlar 106,85 Landwehr 46,78 Liebschauen 87,05 Burgweßel 4,99 Girsfel 99,80 Habsfeld 191,98 Landsberg 68,30 Paderborn 27,45 Schweizer 62,10 Waizen 8,98 Siegen 265,40 Schweinfurt 152,55 Lenzau 10, — Schwenningen 4,59 Künnetrop 78,57 Schleifstädt 12,50 Hombruch 132,87 Belter 153,95 Ritz 81,73 Reusfeld 153,70 Mainz 158,87 Konstantz 156,38 Karlsgrube 99,85 Gräfrath 80,85 Serrig 18,20 Oberjassel 55,50 Schwabach 112,62 Wasseralfingen 900, — Eimernich 205,55 Grevenerbrück 82,25 Reichenheim 80,65 Höhe 103,62 Eöln 851,88 Rheine 162,18 Niederröthe 206,60 Dagersheim 260,17 Solingen 235,47 Leichlingen 307,98 Peine 5, — Landefeld 2,70 Kall 903,61 Dortmund 962,85 Geisweid 260,92 Scharfe 137,66 Stromberg 183,41 Thale 495,63 Sippstadt 468,29 Schweidnitz 82,65 Stensteden 50,30 Rathsburg 97,64 Flensburg 461,65 Freising 176,80 Rattowitz 72,40 Ulm 64,33 Söleiz 10,80 Neufeld 4,20 Zll.

Versammlungs-Kalender.

- Machen. Sonntag, 12. August abends 8 1/2 Uhr Versammlung des Arbeitervereins im Lokale Franz, Kleinmarktgart. 19. Tagesordnung: Das Kranzwerkfestgeheh.
- Machen L. Sonntag, den 11. August Mitgliederversammlung. Da beschlossen ist, 10 Vorträge über den Sozialismus zu halten, so ist es unabweisliche Pflicht, das sämtliche Mitglieder in den kommenden Mitgliederversammlungen amehad sind.

- Ahlen. Sonntag, den 18. August, abends 8 Uhr bei Gerd, Versammlung mit Vortrag über die Bedeutung der Gewerichte. Referent Kollege Weinbrenner.
- Neu-Beckum. Sonntag, den 18. August, nachm. 3 1/2 Uhr Referent Kollege Weinbrenner.
- Vottrup. Samstag, den 10. August, abends 7 Uhr, 2. ständs- und Vertrauensmännerfzung beim Wirt Trogemann.
- Dortmund (Zahlstelle). Am 18. August, vorm. 11 Uhr Mitgliederversammlung im Gewerkschaftshaus.
- Dortmund (Sektion der Former und Gießereiarbeiter).
- 14. August, 9 Uhr, Versammlung im Gewerkschaftshaus.
- Duisburg I. Samstag, den 10. August, abends 9 Uhr Gewerkschaftshaus, Seitenstraße 19.
- Durlach. Samstag, den 10. August, abends 9 Uhr Bahnhof Mitgliederversammlung. Referent Kollege Seidwald.
- Karlsruhe. Kollegen ercheint vollzählig.
- Essen (Kleingewerbe). Samstag, den 10. August, abends 1/9 Uhr im Gewerkschaftshaus.
- Essen-Werden. Samstag, den 10. August, abends 1 Uhr bei Schulz, Grafenstraße.
- Essen-Rüttenscheid. Sonntag, den 11. August, morgens 11 Uhr bei Wallney.
- Essen-Dutrop. Sonntag, den 11. August, morgens 1 Uhr bei Daltrop.
- Essen-Berge-Vorbeck. Sonntag, den 11. August, abends 7 1/2 Uhr bei Postmann, Hochstraße.
- Flensburg. Mittwoch, 15. August, Mitgliederversammlung bei Nabe.
- Frankfurt a. M. Samstag, den 10. August, abends 1 Uhr in der „Goldenen Bange“, Fahrgasse 52, Versammlung mit Vortrag des Arbeitersekretärs Thelen-Offenbach. Erscheinen ist Pflicht.
- Gelsenkirchen-Neustadt. Sonntag, den 11. August, vorm. 11 Uhr Versammlung mit Vortrag bei Wastus.
- Gelsenkirchen-Dalme. Samstag, den 10. August, abends 8 Uhr Versammlung mit Vortrag bei Reiche.
- Grüne. Sonntag, den 11. August, vormittags 11 1/2 Uhr im Lokale des Herrn Jöbel. Alle Mann zur Stelle.
- Homburg-Watrop. Am 18. August, vorm. 11 1/2 Uhr Mitgliederversammlung bei Schütter.
- Hörbe. Am 25. August, vorm. 11 1/2 Uhr Mitgliederversammlung bei Sawig.
- Saunm (Norden). Sonntag, den 11. August vorm. 11 Uhr bei Voh, Bodumerweg, Versammlung mit Vortrag. Wahl der Kartelldelegierten.
- Väna. Am 10. August, 9 Uhr Mitgliederversammlung bei Müllmann.
- Widburg. Sonntag, den 11. August, nachmittags 4 Uhr außerordentliche Generalversammlung mit polnischem Vortrag Mayers Garten.
- Reheim. Sonntag, den 11. August, abends 8 Uhr im Gertrudhof (oben). Vortrag über § 152 der S.-D. Unorganisiertenmüdringen.
- Delbe. Sonntag, den 18. August, morgens 11 1/2 Uhr bei Sommer. Referent Kollege Weinbrenner.
- Oberhausen (Rhld.). Sonntag, den 11. August, morgens 11 Uhr Versammlung bei Döster, Marktstraße. Mitgliedsbüch zum Abstempeln mitbringen.
- Paderborn-Altenbeken. Sonntag, den 11. August, vormittags 11 Uhr in Paderborn Versammlung mit Vortrag. Referent auswärtiger Kollege. Nachmittags 3 Uhr in Altenbeken „Leutoburger Hof“.
- Schwerte. Am 25. August, 11 Uhr Mitgliederversammlung bei Köhler.
- Siegburg. Sonntag, den 11. August, morgens 11 Uhr, Minoriten Versammlung mit wichtiger Tagesordnung.
- Interföhen. Sonntag, den 11. August, nachm. 1/3 Uhr Versammlung im Lokal. Vollzähliges Erscheinen notwendig.
- Wasseralfingen. Sonntag, den 11. August, nachmittags 3 Uhr Versammlung. Referent Kollege Elser-Stuttgart.
- Wehrmar. Am 18. August, 6 Uhr Mitgliederversammlung bei Küstjoff.

Elßaß-Lothringische Gewerkschaftskonferenz.

Am 15. September findet in Straßburg eine Konferenz der christlichen Gewerkschaften Elßaß-Lothringens statt. — Tagesordnung: 1. Stand der christl. Gewerkschaftsbewegung in Elßaß-Lothringen und Beratung über Mittel und Wege zur Förderung derselben 2. Die Mängel unseres Elßaß-Lothringischen Gewerbegerichtswezens 3. Notwendigkeit einer Vermehrung der Gewerbeaufsichtsbeamten. 4. Beschlußfassung über eine einheitliche Aktion zur Erhöhung der ortsblichen Tagelöhne. — Die Ortsgruppen der in Elßaß-Lothringen vertretenen christlichen Berufsorganisationen sind dringend gebeten sich zahlreich zu beteiligen. Jede Ortsgruppe ist berechtigt einen Vertreter zu entsenden. Kleinere, räumlich sich naheliegende Zahlstellen, können evtl. auch gemeinsam einen Delegierten mit der Vertretung betrauen. Die Unkosten haben die Ortsgruppen selbst zu tragen. Die Konferenz beginnt präzis vormittags 10 Uhr, das Tagungslokal wird noch bekannt gegeben. Anmeldungen sind möglichst bis 1. September an Kollege Heinrich Rubin in Straßburg, Wasselfheimerstr. zu richten. Anfragen beantwortet bei Unterzeichnete.

J. A.: Franz Fischer, Mülhausen i. Elß., Wohltätigkeitsstraße 19.

Mehrere tüchtige Süttenarbeiter finden lohnende und dauernde Stellung in Lothringen. Kollegen, die gewillt sind hierher zu verziehen, wollen sich melden an Emil Engel, Gewerkschaftssekretär, Diefenbosen in Lothz, Neherstraße 18.

Riepenferl-
Tabake sind allen voraus!
 1/4 Pfd.-Pakete à 20 Pfg. bis 1 Mark.
 Überall käuflich!
 Alleinige Fabrikanten:
Oldenfort-Rees.